Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275. Sonnabend, den 23. November 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Wille zum Frieden!

Und nun auf, Ihr alle, die Ihr den Frieden wollt und den Krieg verabscheut, kommt und gestaltet unsere Versammlung im Gewerkschaftshaus morgen zu einer gewaltigen Kundgebung! In derselben wird der Reichstagsabgeordnete **Georg Schöpflin** aus Leipzig über das Thema: **„Krieg dem Kriege“** sprechen.

Mit Entsetzen haben wir die Schilderung von dem Grauen und dem Elend gelesen, das über den Balkan hereingebrochen ist. Wir Sozialdemokraten sind die letzten gewesen, die die unmöglichen Zustände aufrechterhalten wollten, die das Werk der unfähigen, die Völker verachtenden Diplomatie der Großmächte gewesen sind. Aber die revolutionäre Lösung der vereinigten Balkanrepublik, die unsere Genossen gefordert hatten, scheiterte an dem Widerstande der Dynastien, und die Arbeiterklasse allein war noch zu unentwickelt, um ihre Forderung durchzusetzen. So kam es zum Kriege, der weit mehr Opfer an Gut und Blut gefordert hat, weit mehr Verwüstung und Entsetzen erzeugt hat, als je die blutigste Revolution. Und was das Schwert verschont, das wird jetzt von der furchtbaren Seuche hinweggerafft und die Cholera vollendet, was Maschinengewehre und Kanonen begonnen haben.

Die Türken sind niedergeworfen, ihre Widerstandskraft ist ziemlich gebrochen und für die Sünden einer feudal-asiatischen Regierung ist ein unschuldiges Volk furchtbar heimgesucht worden. Infolge der hochgeschraubten Ansprüche Bulgariens geht der menschenmordende Krieg vorläufig weiter. Wenn schließlich Friedensverhandlungen angebahnt werden, dann besteht die Aussicht auf eine Neuordnung, die den Balkanvölkern die Möglichkeit gewährt, sich ihre politische und wirtschaftliche Entwickelung, befreit von Fremdherrschaft, selbst zu bestimmen. Doch eine neue größere Gefahr zieht herauf. Eine Gefahr, die alle Friedensheuchelei des diplomatischen Ränkespiels nicht vertuschen kann: Die Raubsucht der anderen Mächte ist erwacht und ihre Einmischung in die Neugestaltung droht, zu neuen, unabsehbaren Konflikten zu führen.

Das wollen wir nicht, das soll nicht sein!

Uns gehen Österreichs Großmannssüchte nichts an und wir halten es für ein Verbrechen, daß die Frage, ob Serbien einen Hafen an der Adria erhält, einen Kriegsgrund bilden soll. Uns betört nicht der letzte Fieberwahn des Kapitalismus, der sich auf seiner Flucht vor dem Sozialismus in imperialistische Abenteuer stürzen will. Den immer schärfer werdenden Gegensätzen, die die kapitalistischen Staaten in feindliche, waffenstarrende Lager trennen, setzen wir das immer klarer und lebendiger werdende Gefühl unserer internationalen Solidarität entgegen. Deshalb auf, Ihr arbeitenden Massen Lübecks und bekundet auch Eure Solidarität!

Dem Kriege erklären wir den Krieg!

Wir wollen den Frieden!

Vom Balkan.

Über die von den Balkanstaaten gestellten und von der Türkei abgelehnten Friedensbedingungen laufen verschiedene Meldungen um, die noch immer kein klares Bild geben von dem, welche Bedingungen denn nun eigentlich gestellt worden sind. Man kann sich also, da Authentisches nicht vorliegt, kein genaues Bild machen, ob Bulgariens Forderungen tatsächlich übertrieben waren.

Bulgarien scheint nun doch mit aller Macht auf den Abschluß des Friedens hinzuwirken. Es hat nicht die Absicht, die Feindseligkeiten sofort wieder aufzunehmen; vielmehr will es eine versöhnliche Haltung einnehmen und seine früheren Bedingungen mildern. Hieraus könnte man schließen, daß auch Bulgarien das Messer an der Kehle sitzt. Allerdings wird das von bulgarischer Seite ganz energisch bestritten. Vielmehr behaupten sie — und diese Behauptung wird gestützt von dem Kriegskorrespondenten des "Daily Telegraph" —, daß bereits alle vorgeschobenen Verteidigungslinien an der Tschataldscha-Linie in die Hände der Bulgaren gefallen sind. Die Türken melden dagegen, daß sie an der Tschataldscha-Linie siegreich bleiben.

Die Friedensverhandlungen sollen direkt in Tschataldscha gepflogen werden. Bulgarien entsendet den Präsidenten der Sobranje, Danew, den Gehilfen des Generalissimus, Sawow, und den Chef des Generalstabes, Futschew. In der Hauptsache dürfte es sich bei diesen Verhandlungen zunächst um die Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen handeln.

Die Griechen haben an der kleinasiatischen Küste einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt. Sie haben die Stadt Mytilene auf der gleichnamigen Insel besetzt. Die fremden Konsuln rieten, um Blutvergießen zu vermeiden, zur Übergabe. Die Flotte fuhr dann nach Lemnos weiter.

Serbische Truppen sind gleichfalls in dem von den Griechen besetzten Florina eingezogen. — Die Hafenstadt San Giovanni di Medua am Adriatischen Meer ist von einem serbischen Detachement besetzt worden. In den Kämpfen bei Monastir gaben die Befehlshaber der Türken selbst das Beispiel zur Flucht, als sie sahen, daß ihre Truppen ermatteten. Drei Tage vor der entscheidenden Schlacht flüchteten mehrere Paschas. Es wurde behauptet, Fethi Pascha habe Selbstmord begangen, doch ist es sicher, daß er verkleidet geflohen ist. Nur Dschavid Pascha wandte sich an der Spitze türkischer Detachements gegen das Peristeri-Gebirge, fand es indessen unpassierbar. Serbische Kavallerie stieß am Mittag auf der Straße Monastir-Florina auf eine türkische Abteilung von sieben bis zehn Bataillonen mit zehn Kanonen und Kavallerie. Die Türken flohen in wilder Panik und ließen die Artillerie im Stich. Ihre Waffen warfen sie fort.

Die vom westlichen Kriegsschauplatz abgehenden serbischen und griechischen Divisionen werden nach Thrazien geleitet werden. Die Bulgaren haben Dedeagatsch und das auf dem Wege nach Rodosto liegende Malgara besetzt.

Das Regierungsblatt „Mir“ meldet, daß die türkischen Truppen in Adrianopel einen Ausfall unternahmen, um das von den Bulgaren besetzte Fort Kartal Tepe wiederzuerobern. Sie seien genötigt worden, sich unter Zurücklassung von 350 Toten in die Festung zurückzuziehen.

Die Griechen haben wieder ein deutsches Handelsschiff belästigt. Der deutsche Dampfer „Enos“, der in der vorigen Woche mit klaren Papieren vom Piräus abgefahren war, wurde bei Lemnos von einem griechischen Torpedoboot angehalten und in den Hafen von Mudros geschleppt. Die Schiffspapiere wurden beschlagnahmt und der Kapitän aufgefordert, die deutsche Flagge einzuholen. Auf dessen Weigerung zogen griechische Matrosen mit Gewalt diese ein. Am nächsten Morgen wurde unter Flaggenparade die griechische Kriegsflagge gehißt. Der Kapitän und die Mannschaften lehnten es ab, unter fremder Flagge Dienst zu tun. Infolgedessen wurde das Schiff von Maschinisten der griechischen Kriegsmarine nach dem Piräus gesteuert, wo nach einiger Zeit die Hissung der deutschen Flagge wieder erlaubt und damit der Dampfer freigegeben wurde. Das Schiff erlitt auf der Fahrt Schaden an der Maschine. Die Gesellschaft verlangt Genugtuung und Schadenersatz. Das Auswärtige Amt hat bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Der österreichisch-serbische Konflikt steht noch immer auf dem alten Punkt. Jedenfalls hat er durch die oben gemeldete Einnahme von Giovanni di Medua durch die Serben sich noch verschärft. In Belgrad nimmt die Kriegsstimmung gegen Österreich-Ungarn immer mehr zu. Die serbische Regierung wird es sich hoffentlich dreimal überlegen, ehe sie dieser Stimmung Rechnung trägt.

* * *

Die Hyänen des Schlachtfeldes.

Am 23. Oktober hat das Amtsblatt der französischen Republik kund und zu wissen getan, daß Frankreich sich im Balkankrieg strenger Neutralität befleißigen werde. „Die Regierung erinnert alle Franzosen im In- und Auslande, alles zu unterlassen, was als Feindseligkeit gegen eine Partei oder Verletzung der Neutralität gelten könnte.“

Wenn es etwas gibt, was im Laufe des Krieges als Begünstigung eines kriegführenden Teiles angesehen werden kann, also nach den Grundsätzen der Neutralität vor allem verboten sein müßte, so ist es die Beschaffung von Geld. Trotzdem hat die Pariser Bank der bulgarischen Regierung ein Darlehen von vierzig Millionen Frank auf ein halbes Jahr und zu einem Zinsfuß von 5½ Prozent gewährt.

Da Bulgarien heute als sicherer Schuldner gelten darf, augenblicklich aber natürlich in Geldverlegenheit ist, so muß dieser Zinssatz, nahezu doppelt so hoch wie der für inländische Anleihen bezahlte, als Wucherzins angesehen werden. „In der Türkei wie in Rußland und vielen andern Ländern“, sagt Lysis in der „Humanite“ dazu, „ist das Wort „Franzose“ gleichbedeutend mit „Wucherer“.“

So hat wenigstens der liebe Gott nicht umsonst hunderttausend seiner Kinder in blühender Jugend zu sich genommen und die Cholera ins Land geschickt. Die Aktionäre der Pariser Bank werden ihm — auf katholisch, jüdisch oder freimaurerisch — mit Herzen, Mund und Händen danken. Was für ein Geschäft hat er für sie doch in die Welt gebracht!

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Arbeitswilligenschutz.

Wo die Scharfmacher sich regen, darf der freikonservative Führer, Frhr. v. Zedlitz, nicht fehlen. Zwar ist ihm erst jüngst im preußischen Abgeordnetenhause gesagt worden, daß er viel zu viel schreibe und zu wenig lese; offenbar hat dies aber nicht den mindesten Eindruck auf ihn gemacht. Es taucht ja auch keine politische Frage auf, zu welcher der Frhr. v. Zedlitz nicht in einer Weise Stellung nimmt, die den Eindruck erwecken soll, als sei er über alles, worüber er schreibt, auch tatsächlich orientiert. In der Vertretung scharfmacherischer Pläne ist ihm allerdings eine gewisse Routine nicht abzusprechen. So tritt er in der „Post“ dafür ein, daß die Regierung Vorsorge treffen möge, damit die Wünsche der Scharfmacher möglichst rasch erfüllt werden. Zunächst beklagt er die Stellung der Reichsregierung, die von Ausnahmegesetzen nichts wissen wolle. Er meint aber, damit müsse man sich, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, abfinden, und weist nach, daß die Wünsche der Scharfmacher auch dann erfüllt werden können, wenn die heute bestehenden Gesetze entsprechende Anwendung finden. Vor allem ist er hocherfreut über das Eingreifen der Militärbehörden in den letzten großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Er führt aus:

> „Durch rechtzeitiges energisches Vorgehen mit Polizeigewalt und durch frühzeitiges Heranziehen militärischer Unterstützung kann in Bezug auf die Abwehr von sozialdemokratischem Terrorismus viel geleistet werden, und man wird erwarten dürfen, daß für die Folge die bei dem letzten Streik gesammelten Lehren auch voll nutzbar gemacht werden. Dasselbe gilt von der Justiz. Zum erstenmal hatte die preußische Strafrechtspflege so rasch gearbeitet, wie dies in England und Frankreich längst die Regel ist und wie es im Interesse einer heilsamen Wirkung der Strafverfahren unbedingt notwendig ist.“

Herr v. Zedlitz scheint es sonach als ausgemachte Sache zu betrachten, daß künftig bei allen Streiks mit Militär und Schnelljustiz gearbeitet wird. Besonderen Wert legt er aber darauf, daß die angeblichen Vorrechte der Gewerkschaften beseitigt werden. Er findet, daß es mit den elementarsten Rücksichten auf das Gemeinwohl nicht mehr vereinbar sei, „daß den Gewerkschaften auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung keinerlei Verantwortlichkeit selbst für die frivolsten Mißbräuche des Koalitionsrechtes obliege.“ Die Beseitigung des „Privilegs“ aus § 152 der Gewerbeordnung hält er für eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Die Scharfmacher haben den Ausdruck geprägt, daß die Gewerkschaften ein besonderes Privileg haben; sie vertreten den Standpunkt, daß die Gewerkschaften mit

ihrem ganzen Vermögen haftbar gemacht werden sollen für den Schaden, den ein Unternehmer durch einen Streik erleidet. Sie wollen damit die Kassen der Gewerkschaften sprengen, um die Aktionsfähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu beseitigen. Seltsamerweise vertreten aber dieselben Scharfmacher die Ansicht, daß ein Arbeitgeber, der schwarze Listen versendet, für den Schaden, der dadurch entsteht, nicht haftbar gemacht werden könne. Herr v. Zedlitz bezeichnet die Aufhebung des „Privilegs" der Gewerkschaften für so notwendig und dringlich, daß die Regierung nicht einen Augenblick mehr zögern sollte, ihrerseits mit Vorschlägen an den Reichstag heranzutreten.

Sozialdemokratisch-demokratisches Wahlabkommen bei den württembergischen Landtagswahlen.

Die Landtagswahlen in Württemberg haben dem schwarzblauen Flügel einige unerwartete Erfolge gebracht. Um der Gefahr einer Mehrheit der Rechten unter allen Umständen vorzubeugen, hat die sozialdemokratische Partei ein Wahlabkommen mit den Demokraten geschlossen. Die Einzelheiten des Abkommens gehen aus dem nachfolgenden Aufruf hervor, den der sozialdemokratische Landesvorstand an die sozialdemokratischen Wähler Württembergs richtet:

„Die Landtagswahl am 16. November hat die Sozialdemokratische Partei durch einen erfreulichen Stimmenzuwachs als weitaus stärkste Partei unseres Landes erneut bestätigt. Die unermüdliche und opferwillige Arbeit unserer Parteigenossen und Freunde in Stadt und Land ist durch diese überwältigende Vertrauenskundgebung der württembergischen Wähler ebenso belohnt und anerkannt worden wie unsere seitherige Arbeit im Landtage.

Es gilt nun alle Kräfte anzuspannen, um sowohl bei den Nachwahlen am 29. November, wie bei den allgemeinen Proporzwahlen am 18. Dezember ds. Js. diesen ersten Erfolg so zu ergänzen, daß die Zahl unserer parlamentarischen Vertreter möglichst der Zahl unserer Wähler entspricht, um dem arbeitenden Volke in der Gesetzgebung der nächsten sechs Jahre den Einfluß zu sichern, den es auf Grund seiner Bedeutung im Staate zu beanspruchen hat.

Um das erreichen zu können, muß auch dafür gesorgt werden, daß die in politischen und kulturellen Fragen reaktionären Parteien, die am 16 .November schon 30 Mandate erreichten, nicht eine entscheidende Mehrheit im Landtage erhalten. Diesen Parteien muß daher jeder weitere Mandatzuwachs möglichst abgeschnitten werden.

Der Landesvorstand gibt im Einverständnis mit dem Landesausschuß und den beteiligten Kreisvorständen für die Nachwahlen am 29. November folgende Beschlüsse bekannt, deren strikte Beachtung und Durchführung allen beteiligten Organisationen und Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird:

1. Die Wahl wird ausgekämpft in den Oberämtern:
   Besigheim, Böblingen, Göppingen, Geislingen, Heidenheim, Kirchheim, Leonberg, Neuenbürg, Reutlingen-Amt, Schorndorf, Sulz, Tübingen-Amt, Tuttlingen, Urach und Waiblingen.
2. Zurückgezogen werden die sozialdemokratischen Kandidaturen unter Einstellung des Kampfes in den Oberämtern:
   Brackenheim, Calw, Gerabronn, Künzelsau, Ludwigsburg-Stadt und Neckarsulm.
3. Um die Wahl weiterer bauernbündlerischer bezw. zentrümlicher Abgeordneter zu verhindern, werden in den Oberämtern:
   Backnang, Oberndorf und Vaihingen
   die sozialdemokratischen Kandidaturen zurückgezogen und die Wähler aufgefordert, bei der Nachwahl gegen die Kandidaten des Bauernbundes bezw. des Zentrums zu stimmen.
4. In den Oberämtern:
   Leonberg und Waiblingen
   zieht die Volkspartei ihre Kandidaten zurück und fordert ihre Wähler zur Wahl des Sozialdemokraten auf.

Parteigenossen! Wähler! Wir binden euch, diesen Beschlüssen unter Anwendung aller Mittel unserer Organisation Geltung zu verschaffen. In allen Wahlkreisen, in welchen wir weiter kämpfen, muß nachdrücklichst dafür gesorgt werden, daß die zahlreichen Wähler aus der Arbeiterklasse, die bei der ersten Wahl fehlten, zur Urne gebracht werden.

Es gilt unsere Disziplin und Geschlossenheit aufs neue zu betätigen! Tut eure Schuldigkeit als tapfere Soldaten des Sozialismus! Ihr wißt: Es geht um Freiheit und Recht!"

Lebenslänglich ins Herrenhaus.

Oberbürgermeister Wermuth ist nach erfolgter Präsentation durch den Magistrat von Berlin auf Lebenszeit in das preußische Herrenhaus berufen worden.

Maßnahmen gegen russische Grenzübergriffe.

Vor einigen Tagen wurde, wie berichtet, in dem Grenzdorfe Olwehr ein elfjähriger Ansiedlersohn von einem russischen Grenzsoldaten angeschossen und schwer verwundet. Das Auswärtige Amt läßt nun mitteilen, daß die Angelegenheit auf diplomatischem Wege erledigt werden soll. Zunächst wird am Tatort ein Termin in Anwesenheit russischer und preußischer Beamten abgehalten werden, und dann wird die preußische Regierung auf Bestrafung des beir. Soldaten und auf Bezahlung einer Entschädigung an die Eltern des schwer verwundeten Kindes drängen. — Ob viel dabei herauskommt, ist allerdings noch fraglich, denn in früheren ähnlichen Fällen ist über das Resultat der Untersuchung in der Regel überhaupt nichts bekannt geworden.

Komödie.

Die Fleischnot-Kommission ist am Freitag in einem Kommissionssaal des Reichstags zusammengetreten. Den Vorsitz führte Staatssekretär Delbrück, der zunächst feststellte, daß die Verhandlungen vertraulicher Natur seien. Die Fragen der Zoll- und Handelspolitik, der Veterinär- und Sanitätspolizei sollen von den Erörterungen ausgeschlossen bleiben. Die Beratung beschränkt sich somit auf die Erörterung der Faktoren für den Vieh- und Fleischhandel, die für die Preisbildung des Fleisches vom Verkauf im Stall bis zur Abgabe im Fleischerladen maßgebend sind. An der Hand des dergestalt gewonnenen Materials soll dann erst geprüft werden, ob und inwieweit gesetzgeberische Maßnahmen zur Beeinflussung der Fleischpreise sich ermöglichen lassen.

Man wird also gut tun, die Erwartungen, die auf diese Konferenz gesetzt werden, so tief als möglich zu spannen, auch dann wird es aber vermutlich nicht ohne Enttäuschung abgehen. Damit, daß die wichtigste Frage, nämlich die Erleichterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande ausgeschieden wird, verlieren die Verhandlungen so ziemlich jede Bedeutung und gewinnen damit den Charakter einer Komödie, bei der ein greifbares Resulat überhaupt nicht herauskommen kann.

Bundesrat und Jesuitengesetz.

Der bayerische Antrag auf eine authentische Auslegung des Jesuitengesetzes soll noch vor dem Zusammentritt des Reichstags erledigt werden. Halbamtlich wird dazu gemeldet:

„Ob dies möglich sein wird, ist freilich eine andere Frage. Bisher befindet diese Sache sich noch stark im Rückstand. Es liegen dem Bundesrat außer den bekannten Eingaben des bayerischen und preußischen Klerus um vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes bisher nur Vorschläge der preußischen Regierung zum bayerischen Antrage vor. Die von der bayerischen Regierung hierzu eingeforderten Gegenäußerungen werden noch erwartet."

Agrarische Unverfrorenheit.

Die „Deutsche Tageszeitung" kann sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß an der Fleischteuerungskonferenz im Reichsamt des Innern auch Genosse Molkenbuhr teilnimmt. Auf eine Bemerkung der „Frankfurter Ztg.", daß die Regierung bei der Zusammensetzung dieser Kommission die stärkste Fraktion des Reichstages unmöglich übergehen konnte, bemerkt das Organ der Lebensmittelwucherer:

„Gerade das erscheint uns ungemein bedauerlich und sehr bedenklich, daß man sich nachgerade gewöhnt, zu derartigen Konferenzen auch Vertreter der Sozialdemokratie hinzuzuziehen. Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Reichsregierung auch dann genügend unterrichtet wäre, wenn sie auf die Einladung von Sozialdemokraten zu solchen Besprechungen grundsätzlich verzichtet. Da die sozialdemokratische Partei nun einmal im Reichstage und in den meisten Landesvertretungen ist, wird man innerhalb der Parlamente mit dieser Tatsache rechnen müssen. Es liegt aber für die Regierung nicht die mindeste Veranlassung vor, Vertreter einer antimonarchischen Partei zu Konferenzen und Besprechungen außerhalb der Parlamente heranzuziehen und der Partei dadurch gewissermaßen den Stempel der Gleichberechtigung aufzudrücken."

Diese Unverschämtheit wirkt umso grandioser, wenn man bedenkt, daß die Agrarier in dieser Kommission drei ihrer Führer sitzen haben, die Grafen Schwerin-Löwitz und Kanitz und den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, jenen armen Agrarier, der als Besitzer zweier Rittergüter jahrelang keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlte. Auch sonst ist bei der Zusammensetzung der Kommission durch Berufung der Abgeordneten Sieg (natl.) und Herold (Zentr.) auf die Interessen der Agrarier eine geradezu ungebührliche Rücksicht genommen worden. Die Sozialdemokraten sind die Vertreter der Massen, denen jeder Bissen Brot verteuert wird, die Agrarier dagegen verkörpern jene dünne Oberschicht, die das einsteckt, was de nMassen aus den Taschen gezogen wurde. Und diese durch Zuwendungen aller Art künstlich wirtschaftlich lebensfähig erhaltene Sippe erdreistet sich, dagegen zu protestieren, daß bei der Beratung so hochwichtiger Fragen auch ein Vertreter der Ausgebeuteten zugezogen wird!

Neue Steuergesetze in Lippe.

Durch die Veröffentlichung des Gesetzestextes und der Ausführungsanweisungen haben die neuen Steuergesetze Rechtskraft erlangt. Das neue Einkommensteuergesetz läßt die Besteuerung bei 500 Mark Einkommen beginnen (bisher 300 Mk.) und sieht auf dieser untersten Stufe eine Staatssteuerleistung von 3 Mark im Jahressatze vor. Die minder Bemittelten werden auch weiterhin stärker als in Preußen belastet, während umgekehrt die Leute mit hohem Einkommen in steuerlicher Beziehung günstiger behandelt werden als in Preußen. Die Genossenschaften werden jetzt ebenfalls zur Steuer herangezogen, aber in der Hauptsache hat man es dabei nur auf die Konsumvereine abgesehen. Gesellschaften m. b. H. haben bei Einkommen über 7500 Mk. einen Zuschlag von 10 % an den Staat zu zahlen. Die Selbsteinschätzungspflicht ist nicht durchgeführt, weil dazu angeblich zu viele Beamte nötig wären, — jeder Steuerpflichtige hat aber das Recht, diese Selbsteinschätzung freiwillig vorzunehmen. Für 12 000 lippische Wanderarbeiter ist die Bestimmung wesentlich, daß sie die Kosten für doppelten Haushalt vom Einkommen abziehen können. Die Mitglieder der fürstlichen Familie sind natürlich von der Steuerleistung frei geblieben. Steuerhinterziehungen werden mit dem 5—20fachen Betrage der Verkürzung geahndet. Für kommunale Zwecke sind für die Einkommen von 300 bis 500 Mark fingierte Steuersätze festgesetzt, so daß also auch diese Hungerleider weiterhin herangezogen werden können. Der Jahressatz der Staatssteuer beträgt nunmehr bei einem Einkommen von 500—600 Mark: 3 Mk., 900—1000 Mk.: 15 Mk., 1900—2000 Mk.: 45 Mk., 2900—3000 Mk.: 75 Mk., bei 5000 Mk.: 138 Mk., bei 10 000 Mk.: 324 Mk., bei 50 000 Mk.: 1920 Mk., bei 100 000 Mk.: 3924 Mk. usw.

Zugleich tritt das neue Vermögenssteuergesetz in Kraft. Hier unterliegt der Besteuerung das gesamt bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, frei bleibt aber der Hausrat, auch wenn er den kostspieligsten Luxus darstellt, frei bleiben ferner alle Gegenstände der persönlichen Liebhaberei, Equipagen, Perlen, Diamanten und dergl. Die Regierung hielt an dieser Ausnahmebestimmung fest und wurde darin von konservativer und liberaler Seite unterstützt. Die Steuer beginnt bereits bei 300 Mark Vermögen und beträgt pro 1000 Mk.: 60 Pfg. jährlich.

England.

Immer neue Rüstungstreibereien. Im englischen Unterhaus richtete der Konservative Middlemore an den Ersten Lord der Admiralität Churchill die Frage, ob er angesichts der Tatsache, daß infolge der angemessenen Wahrnehmung der britischen Interessen im Mittelmeer in den heimischen Gewässern nur zwanzig vollwertige Schlachtschiffe gegenüber achtzehn deutschen anwesend seien, die Einbringung eines neuen Bauplans in Erwägung ziehe, so daß es in Zukunft möglich wäre, die britischen überseeischen Interessen zu schützen, ohne die Ueberlegenheit in den heimischen Gewässern zu beseitigen. Churchill erwiderte, die Admiralität sei überzeugt, daß die in den heimatlichen Gewässern verfügbaren Seestreitkräfte für eine kurze Frist ausreichend sind, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Auf Einzelheiten einzugehen, habe er nicht die Absicht. Der Unionist Fred Hall fragte an, ob die Admiralität beabsichtige, die beiden Schlachtschiffe, die jetzt in England für die Türkei gebaut würden, für den Fall anzukaufen, daß jenes Land sie nicht abfordere. Churchill erwiderte: „Ich habe nicht die Absicht, eine Erweiterung des vorgesehenen Bauplanes, den ich dem Hause im vergangenen März vorlegte, zu empfehlen, wenn nicht Ereignisse eintreten, die zu jener Zeit nicht in Betracht gezogen worden sind. Der endgültigen Bestimmung der in der Anfrage erwähnten Schiffe wird die Admiralität ihre Aufmerksamkeit zuwenden."

Also: Das Wettrüsten wird fortgesetzt.

Amtliche Feststellungen über die Putumayogreuel. Vor der vom Hause der Gemeinen eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Menschenquälereien im Putumayogebiet erschien der englische Generalkonsul in Rio de Janeiro, Sir Roger Casement, der mit der Untersuchung an Ort und Stelle beauftragt gewesen ist, um über seine Erhebungen und speziell über die Mitschuld der Direktoren Auskunft zu geben. Er erklärte, daß er über die Kenntnis der in London lebenden Direktoren der Gesellschaft nichts sagen könne. Von den in Amerika lebenden Teilhabern der Firma Arana Brothers aber erklärte er mit voller Bestimmtheit auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sie für verantwortlich halte: „Ich halte sie für strafrechtlich verantwortlich. Das System kam nicht auf durch Zufall, Irrtum oder Nachlässigkeit. Ich halte es für planmäßig eingeführt. Die Direktoren am Putumayo waren meiner Ansicht nach mit den Dingen bekannt, Sr. Arana, der Seniorchef, besuchte das Gebiet 1908." Ueber die Vorgänge selbst teilte Sir Roger auch manches neue mit. Er erzählte von Streifzügen, die von Angestellten der Firma vor seinem Besuche in mehreren Staaten von Columbia veranstaltet und bei denen Eingeborene ermordet, ihre Häuser und Besitz weggenommen wurden. In einem Falle wurden 23 in einem Handelshause in Columbia geraubte Tonnen Gummi als Eigentum der Putumayo-Amazonas-Gesellschaft nach London gebracht. Sr. Arana war davon unterrichtet. Er besuchte die Gegend nach diesen Vorgängen. Vorsitzender: „Um einzugreifen?" — Sir Roger: „Nein, um die Verbrechen zu verdecken." — Vorsitzender: „Wurde eine Bestrafung der Verbrecher eingeleitet?" — Zeuge: „Ganz und gar keine." Der Zeuge bestätigte die Mitteilungen über die Eingeborenenjagden. Leute wurden mit Gewehren ausgesandt, um Indianer wie wilde Tiere zu fangen. Die Weggelaufenen wurden niedergeschossen, die anderen, weggetrieben von ihrem Heim, wurden in die Wälder gejagt. Wenn sie dort zu wenig Gummi sammelten, wurden sie gepeitscht. Entliefen sie dann, so wurden wieder Bewaffnete ausgeschickt, um sie niederzuschießen. Manche dieser Menschenjäger verübten auch Verbrechen auf eigene Hand. Von einigen sagt Sir Roger, daß sie milder zu beurteilen seien, da sie schon in der Jugend eingefangen und zu ihrer Rolle „erzogen" worden seien. Das Wesen des Systems war die Terrorisierung der wilden Stämme, damit sie alles täten, was die Agenten forderten." — Als Abhilfemittel wußte auch dieser Sachkundige nichts anderes vorzuschlagen, als bessere Ueberwachung durch die Direktoren und irgendein Ueberwachungssystem. Wieviel aber mag das alles nützen, wenn das System: Beschäftigung widerstandsunfähiger Eingeborenen auf private Rechnung und für privaten Profit aufrechterhalten werden soll? Die „Auswüchse" dieser Art Kolonialpolitik sind eben, wie die Vorgänge in den verschiedensten Kolonialgebieten zeigen, ein untrennbarer Bestandteil des ganzen Kolonialsystems. Ist doch dessen Zweck nicht etwa die Beschaffung sonst unzugänglicher tropischer Naturgüter, sondern die Erzielung unverhältnismäßigen Gewinns auf Kosten wehrloser Naturvölker. Alles natürlich zur höheren Ehre des Christentums und der Kultur.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 23. November.

Die Nationalliberalen Lübecks, die ihre Rolle im politischen Leben unseres Freistaates längst ausgespielt haben und nur noch als Anhängsel der sogenannten „Vereinigung der bürgerlichen Parteien" und Macher der hiesigen Reichsverbandsorganisation von Zeit zu Zeit aus der Versenkung auftauchen, haben sich doch für verpflichtet gehalten, einen Jahresbericht für 1911/12 zu erstatten. Da er die Öffentlichkeit nicht interessiert, wird er in den „Lübeckischen Anzeigen" abgedruckt. Wir würden davon überhaupt keinerlei Notiz genommen haben, wenn nicht Einzelheiten des Berichts so recht deutlich die bekannte „Vornehmheit" des Verfassers zu charakterisieren geeignet wären. Es wird darin Bezug genommen auf die letzten Reichstagswahlen und über die verschiedenen Versammlungen berichtet. Wie das gemacht wird, zeigt folgendes Beispiel:

Am 11. Dez. 1911 wurde die dritte öffentliche Wählerversammlung der Vereinigung der bürgerlichen Parteien in der Stadthalle abgehalten, zu der der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Rektor Sommer als Redner gewonnen wurde. Die Sozialdemokratie erschien diesmal offiziell, so daß der Saal brechend voll war. Klein trat wieder als erster Redner auf, sprach trotz der vielen Zwischenrufe der Genossen sehr geschickt und verstand es, sich immer wieder Gehör zu verschaffen. Seine Rede blieb in vielen Punkten auch nicht ohne Eindruck auf die Arbeitermassen, die erschienen waren: aber unter Führung des ganzen sozialdemokratischen Parteistabes wurde natürlich immer der bekannte Krakeel auf Kommando gemacht, und so kam es, daß die Versammlung

sehr laut und erregt verlief, den sozialdemokratischen Rednern Mehrlein und Kasch immer mächtiger Beifall von ihrer Herde gespendet wurde und die bürgerlichen Redner ab und zu überschrien worden sind. Insbesondere Dr. Sommer wurde, trotz seines guten Organes, öfters so unterbrochen, daß er kurze Zeit mit der Rede aussetzen mußte. Immerhin aber behaupteten die Bürgerlichen das Feld, führten die Versammlung programmäßig zu Ende. Zum Schluß zogen die Sozialdemokraten unter furchtbarem Lärm, ihre Internationale singend, ab und die Bürgerlichen brachten ein brausendes dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland aus und sangen aus voller Kehle: „Deutschland, Deutschland über alles."

Die Arbeiter, welche an dieser denkwürdigen Versammlung teilgenommen haben, werden sich wohl der Geschehnisse in derselben deutlich erinnern und wissen, daß die Erregung, welche dort herrschte, in den provokatorischen Ausführungen der bürgerlichen Redner ihren Grund hatte. Die Behauptungen, daß „die Bürgerlichen das Feld behaupteten" und daß die Versammlung „programmäßig" beendet wurde, können nur Heiterkeit erwecken. Wie groß die Wut über diesen „programmäßigen" Ausklang der Versammlung war, zeigt die Beschimpfung der Arbeiter als eine Herde, die den sozialdemokratischen Rednern Beifall spendete. Wie würden sich jene Wächter über den „guten Ton" wohl entrüsten, wenn wir ähnliche Vergleiche aus dem Tierreiche heranziehen und von ihnen als Hammel oder anderem Vieh sprechen wollten. Wir überlassen aber solche geschmackvolle Kampfesart gern den Leutchen, die ihre politische Ohnmacht durch die Verunglimpfung ihrer Gegner verdecken müssen.

Die dritte Strafkammer fällte heute das Urteil gegen den Tapezier Sch. aus Hamburg, der wegen unlauteren Wettbewerbs angeklagt war. Es handelte sich um die bekannten Inserate gewerbsmäßiger Möbelverkäufer unter der Maske von Privatpersonen. Sch. wurde freigesprochen, weil aus der Fassung der Inserate sich nicht mit Sicherheit eine Verschleierung feststellen läßt. Dagegen wurde der Auktionator M. wegen desselben Vergehens zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt (beantragt waren 100 Mark). Die Urteilsbegründung führte u. a. an, daß aus den Inseraten ein berufsmäßiger Verkauf nicht hervorgehe; der Name am Geschäftslokal sei nicht maßgebend, entscheidend sei die Fassung der Inserate zum Zweck des Anlockens. Einen reellen Geschäftsbetrieb ließen sie nicht erkennen. Der Angeklagte habe in derselben Nummer einzelne Stücke ohne Namensnennung zum Verkauf gestellt und sich dadurch den Anschein eines Privatmannes gegeben. Aus dem ganzen Auftreten und der Persönlichkeit des Angeklagten gehe hervor, daß er zweifellos der Kenntnis seines Handelns bewußt gewesen sei. – Drei weitere Fälle in derselben Sache beschäftigten ferner das Gericht. Sonderbar mutet bei allen Angeklagten die Antwort an, sie wüßten nicht, daß sie durch die zweifelhafte Inseratabfassung Irrtümer erregen konnten und daß sie die paar Groschen für die Namenszeile scheuten. So wurden der Postschaffner W. und dessen Ehefrau zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Mann fertigte ein Teil Möbel in der freien Zeit selbst an und ließ sie durch seine Frau verkaufen. Natürlich „wegen Aufgabe", oder „für Brautleute". — Eine Frau M., die Möbel gewerbsmäßig verkauft, führte mehrmals der Hausnummer noch den Lockbissen „Villa" hinzu. Sie wohnt in dem Hause zur Miete und stellte ihren Logisherren nach Bedarf neue Möbel in die Stube, und zwar so lange, bis „die Verlobten" oder jene auf „selten günstige Gelegenheit" Wartende kamen und die „prachtvolle Schlafzimmereinrichtung" „umständehalber" „wegen Rückgang der Verlobung" „besonders billig" erstanden. Dieser Handel mit eleganten Saloneinrichtungen, auf Wunsch auch einzelne Sachen, ist natürlich ein glatter Geschäftsbetrieb, der durch die Inserate verschleiert werden sollte. Der Staatsanwalt bezeichnete diese Art, Leute in ein elegantes Privatzimmer zu locken und sie bis zuletzt im Glauben zu lassen, es handle sich um einen Privatkauf, als den raffinierten Trick einer unbescheiden gewandten Geschäftsfrau. Hier müßte eine energische Strafe Platz greifen. Er beantragte 300 Mark Geldstrafe und öffentliche Bekanntgabe des Urteils, das auf 50 Mark Geldstrafe lautet. Von der Publikation sieht das Gericht ab. — Einem Möbelhändler Pr. werden ebenfalls 50 Mark Strafe zuerkannt, hier waren 150 Mark beantragt. – Das 20jährige Dienstmädchen P. wird wegen versuchter Abtreibung zu der Mindeststrafe von 7 Wochen Gefängnis verurteilt. Drei Wochen Untersuchungshaft werden angerechnet und zugleich die bedingte Begnadigung befürwortet.

mh. **Die heutigen Kolonialreiche.** 3. Vortragszyklus im Vorlesungswesen der Oberschulbehörde. In seinem dritten Vortrage beleuchtete Hr. Dr. Hoffmann-Kiel die Kolonialbestrebungen der romanischen Völker. Er schilderte zunächst, wie sich Spanien und Portugal Besitzungen, besonders in Amerika, im 15. und 16. Jahrhundert verschafften, welche sie jedoch im Laufe der Zeit größtenteils wieder an die Holländer verloren. Hierauf beschäftigte sich Redner eingehend mit der Kolonialmacht Frankreichs, die es sich im 17. Jahrhundert erworben hatte. Diese wurden ihm aber durch die Engländer wieder entrissen. Von 14½ Millionen Quadratkilometer besaß Frankreich am Anfang des 19. Jahrhunderts nur noch ½ Million Quadratkilometer. Trotzdem hat Frankreich es verstanden, sich ungefähr vom Jahre 1824 an bis heute einen Kolonialbesitz einzuverleiben, der 10½ Millionen Quadratkilometer faßt und 46 Millionen Einwohner zählt. Seine Kolonien liegen hauptsächlich in Nordafrika, am Kongo und in Hinterindien. Zum Schluß erläuterte Redner auch Italiens Kolonialbesitz, der zirka 1 Million Quadratkilometer groß ist. — In seinem nächsten und letzten Vortrage wird Herr Dr. Hoffmann die Stellung Deutschlands zur Kolonialpolitik erörtern und was es unternehmen muß, um sich seine Weltmacht zu festigen. Dieser Vortrag wird ohne Zweifel denjenigen von „Nutzen" sein, die in ihren „nationalen Gefühlen" einer „Stärkung" bedürfen, zumal, da das eigenartige Lächeln des Redners über diese und jene Bestrebungen der behandelten Staaten ihnen Hoffnung gibt, vielleicht am Schlusse des nächsten Vortrages ein „Hurra auf die deutsche Kolonialpolitik" ausbringen zu dürfen. Wir werden ja sehen!

Konkurseröffnung. Über den Nachlaß der am 20. September 1912 in Lübeck verstorbenen Witwe M. S. Chr. Krüger geb. Reher ist am 22. November 1912, mittags 12½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Referendar Dr. Schultz in Lübeck, Wakenitzstraße 56, wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Handelsregister. Am 22. November 1912 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. G. Röltingk Cordes in Lübeck: Die Prokura des Gustav Sigurd Holmquist in Lübeck ist erloschen.

Genossenschaftsregister. Am 22. November 1912 ist eingetragen bei der Firma Lübecker Milch-Einkaufsgenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Lübeck: Der Milchhändler Peter Heinrich Friedrich Molge in Lübeck ist aus dem Vorstand ausgeschieden, an seiner Stelle ist der Milchhändler Heinrich Friedrich Bernhard Böttcher in Lübeck in den Vorstand gewählt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 21. d. M., nachmittags gegen 5 Uhr, ist aus dem Vorraum des Hauptpostgebäudes ein Fahrrad Marke „Skandia" mit schwarzem Gestell, ebenso solchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4804 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Verhafteter Messerstecher.** Festgenommen wurde ein finnischer Matrose, der seinen Kapitän mit einem Messer derartig schwer verletzt hat, daß er dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt werden mußte.

pb. **Verlorener Schmuck.** Am 14. d. M. ist auf dem Wege von der Percevalstraße bis zur Straßenbahn-Haltestelle am Hüxterdamm bezw. von der Straßenbahn-Haltestelle an der Ecke der König- und Pfaffenstraße bis zum Stadttheater eine goldene Brosche in Form eines fast geschlossenen Halbmondes verloren worden. Auf der Mondscheibe befanden sich vier Diamanten und drei dunkelblaue Edelsteine. Das Scharnier ist mit Zinn angelötet und die Nadel ist stark abgenutzt. Die einschlägigen Geschäfte werden auf den Verlust aufmerksam gemacht.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: „Der Jahrmarkt in Pulsnitz" von Walter Harlan, ein Schwank, der vom Dichter als ein dionysischer Schwank gekennzeichnet wird, wird am Montag, dem 25. d. M., hier, und für Lübeck zum erstenmal, in Szene gehen. Im „Jahrmarkt in Pulsnitz" gibt Harlan uns ein Bild von einem Jahrmarkt des Lebens. Seit ihrem ersten Erscheinen ist die Dichtung mit gleichbleibendem und großem Beifall über fast alle Hof- und Stadttheaterbühnen gegangen.

Stockelsdorf. Volksversammlungen finden statt am heutigen Sonnabend bei Buck in Mori, morgen nachmittag 4 Uhr bei Rottgart und Montag abend 8 Uhr bei Paetau in Fackenburg. Tagesordnung ist in allen Versammlungen: Kriegsnot, Teuerung und Volksnot, sowie die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Arbeiter! Parteigenossen! Sorgt für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlungen. Bringt auch Eure Frauen mit.

Renfefeld. Vor der Entscheidung fand hier gestern abend eine gutbesuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Dr. Schlomer-Lübeck die Stellung der Sozialdemokratie zur Kommunalpolitik erläuterte. Die Genossen Hardt und Staack behandelten sodann die Machinationen unserer Gegner im Wahlkampfe und gaben ein anschauliches Bild der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Gemeinderat. Hoffentlich bringt uns der heutige Tag den Sieg.

Eutin. In starkbesuchter Volksversammlung sprach hier gestern abend Genosse Stelling-Lübeck über die Gemeinderatswahl. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Rebenstorf, Gloe und Borchardt. Sodann behandelte Genosse Stelling die Vorgänge auf dem Balkan und forderte zum energischen Protest gegen den Krieg auf. Die bekannte Resolution fand einstimmige Annahme.

Malente-Gremsmühlen. Die gestrige Gemeinderatswahl hatte folgendes Resultat: Von den Kandidaten des Bürgervereins wurden gewählt: Kaufmann Zimmermann mit 240 Stimmen, Hufner Blunk mit 216 Stimmen, Hotelbesitzer Fick mit 207 Stimmen, Kaufmann Schröder-Sielbeck mit 212 Stimmen und Klempnermeister Sievers mit 206 Stimmen. Von der Liste des Arbeiter-Wahlvereins wurde Genosse Tischler Horstmann mit 207 Stimmen gewählt. Es erhielten sonst noch Stimmen: Sattlermeister Stecker 153, Maurer Dose 195, Arbeiter O. Ehrich 202, Zimmerer Martens 196, Maurer Siebert 200, Lagerhalter Wecker 202, Postmeister Butenop 98, Arbeiter Bahr 36, Hotelbesitzer Grimm 52, Kaufmann Neve 40, Gärtnereibesitzer Lüth 32. Weitere 32 Stimmen waren zersplittert. Die Zahl der für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen hat sich in sehr erfreulicher Weise erhöht. Bei der letzten Wahl entfielen auf die sozialdemokratische Liste 124—125 Stimmen, diesmal 195—207 Stimmen. Noch ein solcher Fortschritt und der Sieg ist auf der ganzen Linie unser. Das Resultat ist umso erfreulicher, als wir nur unter sehr schwierigen Verhältnissen Agitation betreiben können. — Von 609 eingetragenen Wählern hatten 456 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Kiel. Protestversammlungen gegen die Kriegsgefahr. Im Kieler Wahlkreise fanden zwei imposante Versammlungen statt mit dem Thema: „Der Balkankrieg und die Gefahr eines europäischen Krieges." Die Versammlung in Neumünster am Mittwoch nachmittag war von 2000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Brecour-Kiel. Die Versammlung in Kiel am Donnerstag abend füllte den größten Kieler Saal, die „Waldwiese"; es waren über 3000 Personen anwesend. Als Referent war Genosse Dr. Lensch-Leipzig erschienen. In beiden glänzend verlaufenen Versammlungen wurde einstimmig eine dem Thema entsprechende Resolution angenommen.

Kiel. Preßprozeß der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". In Nr. 130 vom 7. Juni ds. Js. veröffentlichte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" eine Notiz über die schlechten Zustände in den Ziegeleien und knüpfte daran eine Kritik über die Verhältnisse auf der Ziegelei Todenbüttel bei Hohenwestedt. Es wurde gesagt, die Arbeitszeit sei zu lang, der Wochenlohn betrage nur 16 Mk. Vom Lohn wurde noch ein Teil als Kaution einbehalten. Den Arbeitern wird eine sogenannte Halbkost gewährt, bestehend aus Mittagessen und Milchsuppe des Abends. Hierfür werden 5 Mk. vom Lohn in Abzug gebracht. Zum Schluß wurde den Ziegeleiarbeitern gesagt, durch Anschluß an die Organisation könnten sie derartige erbärmliche Zustände beseitigen. Der Besitzer der Ziegelei Todenbüttel, Amtsvorsteher Wieben, fühlte sich durch die Notiz beleidigt und strengte gegen den Verantwortlichen der „Volkszeitung", Genossen Bielenberg, Privatklage an. Am Donnerstag fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Hohenwestedt statt. Herr Wieben meinte ganz menschenfreundlich, eine Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag sei für einen Ziegeleiarbeiter gar nicht zu lang. Er habe alles seinem Meister überlassen, der für das leibliche Wohl der Arbeiter gut sorge. Der Meister bekundete denn auch, wie gut es die Arbeiter bei ihm hätten und wie reichlich sie verpflegt würden. Eine Kaution würde nicht einbehalten, das sei nicht wahr. Als Genosse Bielenberg ihn dann fragte, wie der Lohn ausbezahlt würde, meinte er, alle 14 Tage. Sie bekämen dann 5 Mk. bis 6 Mk., der Rest werde „gutgeschrieben". Der Meister mußte zugeben, daß auch verheirateten Arbeitern pro Woche 1 Mk. „gutgeschrieben" wird. Herr Wieben hatte sich auch noch einige von seinen Arbeitern mitgebracht, die bekunden sollten, wie gut sie es hätten, was sie auch pflichtschuldigst taten. Das Gericht attestierte denn auch Herrn Wieben, daß die Ziegeleiarbeiter es nirgends besser haben können als bei ihm, und verurteilte Genossen Bielenberg wegen Beleidigung nach § 186 zu 200 Mark Geldstrafe, eventuell 40 Tage Gefängnis.

Altona. Drei Kinder verbrannt. Ein entsetzliches Brandunglück ereignete sich am Freitag mittag in der Bahrenfelderstraße 72. im Stadtteil Ottensen. Dort bewohnen die Eheleute Dallücke mit ihren drei Kindern im Alter von 5, 4 und 2 Jahren eine Dachwohnung. Der Mann, ein Schauerman, war zur Arbeit gegangen, und die Frau, die Mutter der Kleinen, zum Einholen. Sie ließ die drei Kinder in der verschlossenen Wohnung allein zurück. Nachbarn wurden bald darauf durch Schreien und Hilferufe aufmerksam. Sie eilten die Treppe hinauf, wo ihnen starker Rauch entgegendrang. Die verschlossene Tür machte jedoch eine Hilfeleistung unmöglich. Man rief daher schleunigst die Feuerwehr herbei, die die Tür erbrach und die Kinder, die aber bereits verkohlt waren, ins Freie brachte. Als die Mutter bald darauf zurückkehrte und von dem furchtbaren Geschick erfuhr, brach sie bewußtlos zusammen. Die Kinder haben vermutlich mit Zündhölzern gespielt, da das Feuer, wie die Ermittelungen ergeben haben, in den Betten entstanden ist und dann rasch um sich gegriffen hat.

Bremen. Nach Unterschlagung von Kantinengeldern ist der Regimentsschreiber Feldwebel Arthur Herrmann vom Infanterie-Regiment Nr. 75 geflüchtet. Herrmann hatte bereits 11½ Jahre gedient und stand vor seiner Anstellung im Zivildienst. Er ließ seine Frau und zwei unmündige Kinder zurück.

Bremen. Frauenkonferenz des Bezirks „Nordwest". Im Parkhause in Bremen wurde am Mittwoch eine Frauenkonferenz abgehalten, zu der 56 Delegierte (darunter 21 männliche) sich eingefunden hatten. Genossin Louise Zietz vom Parteivorstand sprach über das Thema: „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Tätigkeit?" Der zweistündige, äußerst instruktive, mit großem Beifal aufgenommene Vortrag zeitigte eine rege Diskussion, in der ebenfalls viele erfolgversprechende Fingerzeige für die Frauenagitation gegeben wurden. In Bremen, Harburg, Bremerhaven und Umgegend, Vegesack und auch auf dem Lande sind die Genossinnen eifrig am Werke. Die Organisationen sollen noch mehr wie bisher angehalten werden, Frauenversammlungen, Leseabende und Fortbildungskurse zu veranstalten. Dann wies noch Genossin Zietz auf den Jugendschutz hin, dem mehr wie bisher die Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse. Auf der nächsten Konferenz soll der Jugendschutz als besonderer Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „La Traviata", Oper in 4 Akten von Verdi. Zu den verschiedenen ganz großen Künstlern, die der Bühne Lebewohl zu sagen gedenken, gesellt sich nunmehr auch Franceschina Prevosti. Wenigstens trug die Ankündigung ihres diesjährigen Gastspiels in Lübeck einen derartigen Vermerk. Da aber besonders Ernst von Possart ein Beispiel gegeben hat, wie dauerhaft man das Abschiednehmen gestalten kann, so ist zu hoffen, daß der gestrige Abschiedsabend kein endgültiger war. Es ist ja richtig, daß Franceschina Prevosti schon eine stattliche Reihe von Jahren der Kunst gedient hat. Aber diese Jahre haben nicht vermocht, die prachtvolle Stimme der Sängerin den Glanz und die Wärme zu nehmen, welche einen bestrickenden Zauber auf den Hörer ausüben. Und die wunderbare Technik, die keine Schwierigkeiten kennt, ist im Laufe der Zeit nur noch vervollkommnet worden. So steht Franceschina Prevosti auch heute noch auf dem Zenit ihrer Kunst. Es mag ja sein, daß das der geeignete Moment ist, sich davon zurückzuziehen, weil dann die Erinnerung an dem Vollkommensten haftet, was die Künstlerin zu geben vermochte. Aber der Abschied wird um so schwerer. Die Violetta in Verdis „Traviata" gehört zu den Schöpfungen der Prevosti, die nicht übertroffen werden können. Hier vereinigte sich gestern wieder die überragende Gesangskunst mit einem prachtvoll verinnerlichten Darstellungsvermögen, das die Gestalt der schwindsüchtigen Demimondine weit über die Opernfigur hinaushebt, zu einer unvergeßlichen Gesamtleistung. Klingende Tränen sind es, mit welchen diese Violetta ihren Schmerz ausdrückt und unsagbare Innigkeit lebt in den Tönen ihrer Liebe. Die Sterbeszene wirkte erschütternd und doch nicht abstoßend. Beifallsstürme und Lorbeer dankten der Künstlerin für den hohen Genuß, den sie dem zahlreichen Publikum bereitete. Von Berlin war auch Herr Black gekommen, der den Alfred recht ansprechend und italienisch sang, aber als Schauspieler anscheinend seine ersten Gehversuche machte. Mußte es aber sein, daß Herr Black seine ganze Partie und nicht nur die Duette italienisch sang? Daß das zur Einheitlichkeit der Vorstellung beitrug, kann nicht gesagt werden. Überhaupt macht es einen sonderbaren Eindruck, wenn ein französischer Vater seinen Sohn auf deutsch anredet und dieser ihm auf italienisch erwidert. Einen gesanglich tüchtigen Vertreter hatte der alte Germont in Herrn Holmquist. Die übrigen Partien waren gut besetzt. Herr Kapellmeister Dr. Hartzem leitete die Aufführung mit Geschmack und musikalischem Feingefühl. P. L.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 24. November bis 1. Dezember 1912:

Sonntag, 24. November, nachmittags: „Glaube und Heimat". Die Tragödie eines Volkes von Carl Schönherr. Abends: „Der Evangelimann." Musikalisches Schauspiel von Wilhelm Kienzl. — Montag, 25. November: „Der Jahrmarkt in Pulsnitz." Ein dionysischer Schwank von Walter Harlan. — Dienstag, 26. November: „Carmen." Oper von Bizet. — Mittwoch, 27. November: „Autoliebchen." Burleske Operette von Jean Gilbert. — Donnerstag, 28. Dezember: „Der Evangelimann." Musikal. Schauspiel von Wilhelm Kienzl. — Freitag, 29. November: „Die Zarin." Schauspiel von Lengyel. — Sonnabend, 30. November: „Lohengrin." Oper von Richard Wagner. — Sonntag, 1. Dezember, abends: „Wallenstein"-Trilogie. Von Friedrich v. Schiller.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 22. November.

1. Qualität	139—143 Mk
2. „	115—125 „
Ferner	
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	120—125 „
do. II. do.	112—119 „
Finländische Meiereibutter	— „
Finnländische Bauernbutter	— „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Renfeseld, Kirchenstr. (3475
Bill. Bauvl., 10 Min. v. d. el. Bahn=
N. Heinr. Soros. Breite Str. 52 u. Schw.

Zum Schlachtfest

Hafergrütze, Gerstengrütze, alle Sorten **Gewürze** ganz und gemahlen, in nur bester und frischer Ware. **Salpeter, Wurstgarn, Rinderdärme** empfiehlt die

Arnim-Drogerie

5111) **Arnimstr. 10 c.**

68 Hüxstrasse 68.

Große Auswahl getrag. guter Herren-Kleidung, Anzüge, Ulster, Paletots. 5157

68 Hüxstrasse 68.

Achtung! 5207

Apfel u. Birnen Pfd. v. 15 Pfg. an.
Zitronen, Ia. . Stück 4 und 5 Pfg.
Zwiebeln, feste Ware. Pfd. 4 Pfg.
Briketts 8 und 9 Stück für 10 Pfg.
Königstraße 48 a.

Fertige Dauerkränze
sowie **blühende Topfpflanzen**
in großer Auswahl empfiehlt
Ernst Pagels, Stockelsdorf.
5151) Suppenkraut zu verk. D. O.

Kein dänisches Fleisch

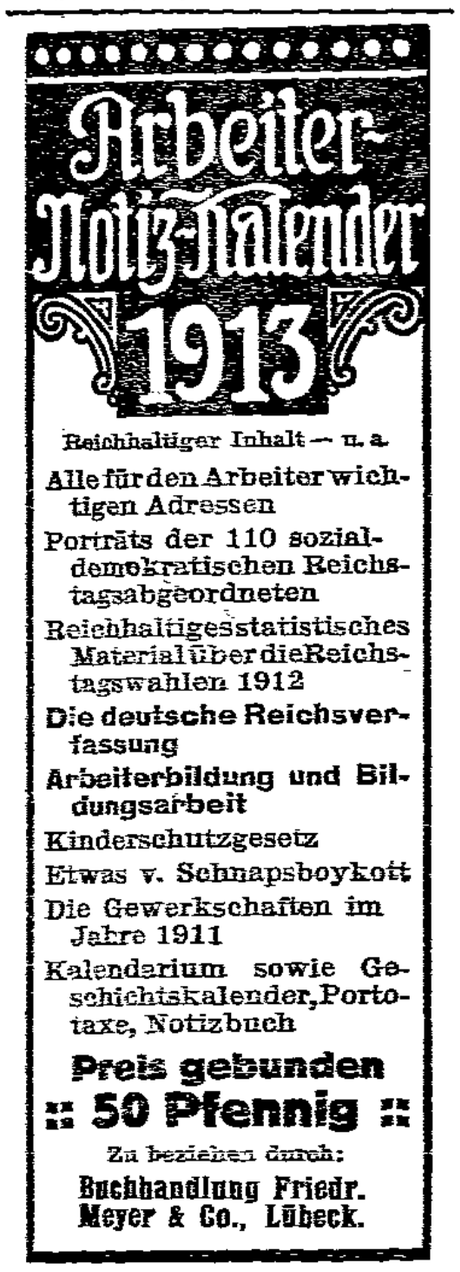
Markthalle 29. Abends 6—9 Uhr.
5213 **Ziegenfleisch 40 Pfg.**

Ramsch!

Schuhwaren! Schuhwaren!
Großer Posten **Herren-, Damen-**
5212) **und Kinderstiefel,** billig.

Pfaffenstraße 15.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-handlg. u. Reparaturwerkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**



FÜR DEN WINTERBEDARF

Preiswerte krumpfreie 4509

Rock- u. Hemdenflanelle

Hemdenflanell 1.15
echt indigoblau . . Meter 2.20 1.55 1.35

Hemdenflanell 1.35
echt indigoblau Köper Meter 2.60 2.20 1.60

Hemdenflanell 1.40
weiß u. farbig meliert Meter 2.25 1.85 1.50

Rock-Flanell 1.35
einf. meliert u. gestreift Meter 2.30 1.90 1.45

Futter-Flanell 95 ₰
weiß und farbig Meter 1.90 1.35 1.15

Molton u. Gaschen 1.15
extra schwer f. Jack. u. Hos. m 2.10 1.75 1.40

Rudolph Karstadt.

Visiten-Karten empfiehlt die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

Büffett

modern 115.— Mk., Auszugtische 18.— Mk., Lederstühle 8 Mk., Vertikow, reich geschnitzt 55.— Mk., Spiegel 12.— Mk., gr. Trumeaux 35.— Mk., Schreibtisch 65.— Mk., Schlafzimmer, Küchen, jetzt enorm billig. Salongarnituren statt 225.— nur 165.— Mk., moderne Garnituren, Zufall, nur solange der Vorrat reicht, 90.— Mk. Direkt an Private. Händler verbeten. (4660

Lager Wahmstraße 83.

Johs. Tollgreve

Juwelier und Goldschmied
Königstraße 92.
Lager von Gold-, Silber- und Alfenidewaren.
Gravierungen, Neuarbeitungen.
Reparaturen schnell und billig.
Rote Rabattmarken. (4327

Willy Koch
:: Zahntechniker ::
Lübeck, Holstenstrasse 21.

Stönes trockenes
Buchen-Abfallholz
ab Fabrik 80 Pfg. und frei Haus 1 Mk. pro Sack. (2913
F. E. Schacht & Co.,
Tel. 239. Moislinger Allee 41.

Bienenfleiss

rein deutsche Honig-Arten und Raffinade, ohne die minderwertigen Zusätze gewöhnlicher Surrogate. 5193

Gebrüder Barg

Kohlmarkt 5 Fernspr. 1739
empfehlen in
Damen- u. Kinder-Konfektion
Kostümröcke 2.95 4.50 5.75 M. usw.
Blusen 1.35 1.75 2.95 4.50 M. usw.
Farbige Paletots
7.25 8.75 12.— 15.— M. usw.
Schwarze Frauen-Paletots
auch in großen Weiten
9.75 15.— 19.— 23.— M. usw.
Blaue Cheviot- und Kammgarn-Cheviot-Paletots
9.75 13.50 15.— 19.— 23.— 29.— M. usw.
Abendmäntel und Capes
7.— 9.— 15.— M. usw.
Kinder-Jacken und Paletots.
1 Posten Kinder-Kleider, enorm billig.
Herren- u. Knaben-Konfektion
Loden-Joppen und Winter-Paletots
Anzüge in großer Auswahl.
Extra-Angebote zu sehr billigen Preisen:

Serie	I	II	III
Herren-Anzüge . . .	15.00	20.00	25.00
Jünglings-Anzüge .	8.00	10.00	12.00
Knaben-Anzüge . . .	3.00	4.00	5.00
Herren-Paletots . . .	12.00	14.00	16.00
Herren-Beinkleider	2.25	2.95	4.50

5211) 4% in bar oder rote Rabattmarken.

sämtlicher Systeme
gegen Wochen- oder Monatszahlungen
Bei Barzahlung hoher Rabatt. 5184
Gust. Kath,
Sandstrasse 14, im Flügel.

Fensterglas
aller Art (4462
— **Rohglas** —
farbige Gläser
auch im Einzelnen.
Oscar Tauchnitz, **Glashandlung, Lübeck,** Hüxtertor-Allee 13. Fernspr. 808.

Drei erstklassige Qualitäten:

Lorbeerkrone

Sahnen-Margarine gleich
allerfeinster Molkereibutter.

Siegerin

Margarine in jeder Verwendungart wie
feinste Molkereibutter.

Palmato

Pflanzenbutter-Margarine,
einzig haltbare
Nußbutter
von hervorragender Beschaffenheit.
Ueberall erhältlich.
265) Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Lassen Sie sich nicht beirren durch große Reklame! Ich unterhalte eine große Auswahl in allen Arten (5188

Herren- u. Knaben-Garderoben, sowie Schuhwaren

und verkaufe **zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.** Ich begnüge mich mit einem ganz geringen Verdienst, weil ich keine großen Unkosten habe. Jeder, der bei mir einmal gekauft hat, ist vollauf befriedigt und erstaunt über die **auffallend billigen Preise.**

Besichtigen Sie meine Schaufenster und beachten Sie die Preise der ausgestellten Waren.

A. H. A. Lütjohann

Johannisstr. 1,
früher Commerzbank.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Loden-Joppen
3.80 5.80 9.40 bis 24.—
Paletots u. Ulster
9.80 17.50 22.— bis 44.—
Gestrickte Herren-Westen
1.78 2.35 3.10 bis 11.50
Boy-Jacken
4.80 6.25 7.50
Rote Rabattmarken od. 4% in bar.
Johann Dittmer
Drögestraße 12 a
5189) Ecke Warendorpstraße.

Alle Bürsten-
waren, Fensterleder, Putzpulver, Möbel-Politur.
4989)
Ferd. Kayser.

Alle Sorten Brennmaterialien
liefert zu billigst. Preisen frei Haus
Hans Lübcke,
Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.
Bei Lieferung (5167
ab Lager ermäßigte Preise.

Für **20 Pfennig**
3 große geräucherte **Fettbücklinge**
Sprotten 12 Stück 10, Kiste 80 Pf.
5181 **Magnum bonum**
10 Pfd. 33 Pfg., 50 Pfd. 1.50 Mk.
nur **Kupferschmiedestraße 17.**

Goldene und silb. Uhren
269) **gut und billig.**
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft, Aegidienstr. 35.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 275. Sonnabend, den 23. November 1912. 19. Jahrg.

„Nationale“ Volksversicherungs-Komödie.

Ist denn die reaktionäre Preßmeute total verrückt geworden? Das schreit, tobt, rast und schimpft seit einiger Zeit in der kapitalistischen Presse, als wäre die ganze Gesellschaft vom leibhaftigen „Gott-sei-bei-uns“ besessen. Jeder Tag bringt eine neue Flut von Artikeln gegen die „Volksfürsorge“. An einem Tage beschäftigten sich gleich drei Partei-Korrespondenzen, die konservative, die nationalliberale und die alt-nationalliberale, mit der geplanten Abwehr-Aktion gegen die von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossene Gründung der „Volksfürsorge“, und wiederum werden alle vaterländisch denkenden Männer aufgerufen, gegen die furchtbare Gefahr mobil zu machen.

Was ist denn nur geschehen, um dieses blödsinnige Toben erklärlich zu machen? Seit dem Genossenschaftstag im Juni d. J. in Berlin ist keinerlei Agitation für die „Volksfürsorge“ entfaltet worden. Die bestellte Leitung der Volksfürsorge arbeitet in ruhiger Gelassenheit an den Vorarbeiten. Einen Sinn hätte die Schimpfkanonade doch auch nur dann, wenn man, wie dieses anfänglich der Fall war, no chdie Hoffnung hegte, die Regierung werde die neue Gründung der Arbeiter mit Gewalt unterdrücken. Aber selbst die ärgsten Reaktionäre haben doch diese Hoffnung längst begraben, erklären sie doch selbst in ihren Artikeln, daß ein „Verstoß wider die guten Sitten“ in der Gründung der Volksfürsorge nicht gefunden und ihr die Genehmigung nicht versagt werden könnte; ausgeschlossen ist doch weiter, daß die Reaktionäre sich einbilden, mit ihrem Geschrei auch nur einen einzigen denkenden Arbeiter der Volksfürsorge abspenstig machen zu können. Die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter wissen, daß die kapitalistische Meute lügt, wenn sie behauptet, die Volksfürsorge sei ein sozialdemokratisches Unternehmen und solle zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden. Wir trauen unseren Gegnern eine so kapitale Dummheit nicht zu, daß wir annehmen, sie könnten ernstlich daran denken, die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter in ihrem Entschluß, die Volksfürsorge mit allen Kräften zu fördern, wankend zu machen. Sie werden so gut wie wir wissen, daß ihr Geschrei das Gegenteil bewirken muß; was, zum Teufel, beabsichtigen denn die Herren mit ihrem Wüten? Es heißt, es liegt oft ein tiefer Sinn im kind'schen Spiel. Man muß schon etwas genauer orientiert sein, um das scheinbar wahnsinnige Treiben erklärlich zu finden. Des Rätsels Lösung ist, daß im November 1910 von dem Herrn General-Landschaftsdirektor Dr. Kapp die Lebensversicherungs-Gesellschaft der „Ostpreußischen Landschaft“ gegründet worden ist, und daß diese Gesellschaft trotz einer für sie betriebenen lärmenden Reklame bisher sehr schlechte Geschäfte gemacht hat. Das Ziel, welches sich die „Ostpreußische Landschaft“ gesteckt hat, ist, wie Herr Direktor Kapp in dem ersten über die Anstalt für das Jahr 1911 veröffentlichten Geschäftsbericht erklärt, ein agrar-politisches. Die „Ostpreußische Landschaft“ will die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes herbeiführen durch Gewährung erweiterter, landwirtschaftlicher Kredite, sowie durch die Lebensversicherung. Trotz Protektion hochgestellter Persönlichkeiten i stdas bisherige Ergebnis ein geradezu klägliches.

Die „Ostpreußische Landschaft“ hat im Jahre 1911 im ganzen 562 Todesfall-Versicherungen über 7 Millionen Mark abgeschlossen; an Prämien vereinnahmte sie 383 814 Mk., an Zinsen und sonstigem 56 966 Mk., so daß 1911 die Gesamteinnahme 440 780 Mk. betrug. Trotzdem nun die Abschluß-Provisionen der Agenten zum dritten Teil in die Abrechnung eingestellt worden, und trotzdem ihr die Landschaft die Diensträume unentgeltlich zur Verfügung stellte, betrugen die Verwaltungskosten 115 718 Mk. Die „Ostpreußische Landschaft“ verzeichnet einen buchmäßigen Ueberschuß von 2797 Mk. Hätte sie ihr Stammkapital mit vollem Nennwert als Passivum vorgetragen, und hätte sie die entstandenen Verwaltungskosten voll in Ausgabe gestellt, dann hätte sie keinen Gewinn, sondern einen Verlust von rund 131 000 Mk. buchen müssen. Dieses Jammerresultat ist die einzige Erklärung für das wütende Toben des Herrn Direktor Kapp und seiner Helfershelfer Erzberger, Freiherr v. Richthofen, Schiffer usw. Die Deutsche Versicherungszeitung begrüßt denn auch die neu geplante „Agrarische Nationale“ mit folgenden Worten:

> „Wer durchschaut nicht die Taktik! Weil die von den öffentlich-rechtlichen Lebens-Versicherungen geplante Gründung von Volksversicherungen nicht einschlagen will, und weil Kapitalien und die übrigen Empfehlungen vorläufig fehlen, bekämpft man die gewerk- und genossenschaftlichen Volksversicherungspläne, um die hohe Politik für die eigenen Pläne zu interessieren“,

und weiter:

> „Im Lager der öffentlich-rechtlichen scheint eben ziemliche Aufregung zu herrschen: man fürchtete wohl, man komme zu spät; wie kleingläubig; und welch hohes Vertrauen auf die eigene Sache spricht aus dem Zirkular!“

Trotzdem nun das vom Berliner Tageblatt an die Oeffentlichkeit gebrachte Zirkular „streng vertraulich“ behandelt wurde, war doch den Groß-Industriellen und den kapitalistischen Versicherungs-Gesellschaften der Plan des Herrn Dr. Kapp längst bekannt, und sie beschlossen, ihm einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen und gründeten deshalb schon am 12. November in Berlin gemeinsam eine „große, nationale gemeinnützige Volksversicherungsanstalt“ mit einem Aktien-Kapital von 2 Millionen Mark, bei einer Bareinzahlung von 25 %. Der Organisations-Fonds wurde auf 1 Million Mark festgesetzt. Der neue Konzern ließ sofort nach der Gründung durch die Presse bekannt geben, daß diese in weiten Kreisen von Handel, Industrie wie auch der Arbeiter-Organisationen „lebhafter Sympathien“ begegne. Die lebhaften Sympathien in weiten Kreisen von Handel und Industrie, das heißt der Unternehmer, für diesen neuen Verband bezweifeln wir nicht. Schon der Organisationsfond von 1 Million Mark läßt auf „sehr starke Sympathien“ schließen. Wie Figura zeigt, waren die Groß-Kapitalisten diesmal rascher bei der Hand als die Agrarier, und nun stürzen sich die beiden „nationalen gemeinnützigen“ auf den einen Knochen, den Indifferentismus im Volke. Die einen hoffen durch die Mitwirkung der großen Unternehmer ihr Ziel zu erreichen. In einem Artikel im „Arbeitgeber“ am 1. November 1912 deutet Professor Dr. Moldenhauer-Köln schon an, in welcher Weise die Großindustriellen ihren kapitalistischen Einfluß für die neue „Großindustrielle Nationale“ geltend machen sollen: Die Arbeitgeber sollen in ihren Fabriken durch ihre Angestellten das Einkassieren der Beiträge übernehmen und event. noch Zuschüsse zu der „gemeinnützigen“ geben. Die Agrarier, unter Führung Dr. Kapps, rechnen natürlich auf denselben Einfluß für ihre neue Schöpfung in den ihnen nahestehenden Unternehmerkreisen.

„National und gemeinnützig“ nennen sich beide Unternehmungen; jede von ihnen behauptet, sie allein sei die wahre „Nationale“; sie werde nun bald der staunenden Welt beweisen, daß sie alle beide nichts taugen.

Wir werden gelegentlich unseren Lesern Mitteilung von dem interessanten Schauspiel der Rauferei der „Nationalen“ unter sich machen, um ihnen dadurch zu zeigen, daß es sich bei diesen Gründungen wieder einmal nur darum dreht, die Arbeiter in Abhängigkeit, entweder von den Agrariern oder von den Groß-Industriellen zu erhalten.

Welch ein Unfug wird nicht in Deutschland mit dem Begriff „national“ getrieben; im richtigen Sinne des Wortes ist alles national, was den Interessen des Volkes dient. National ist die „Volksfürsorge“, weil sie dem Volke die Versicherung zum Selbstkostenpreis liefert, weil sie auf dem Grundsatz der Solidarität und der Selbsthilfe beruht, weil sie die Befreiung des Volks von kapitalistischer Ausbeutung auf dem Gebiete der Volksversicherung bewirken will. Antinational sind alle Gegengründungen, weil sie nicht dem Volke, sondern den Interessen seiner Unterdrücker dienen sollen, weil sie die Arbeiter nicht frei, nicht selbständig, sondern abhängiger machen wollen.

Alle denkenden Arbeiter werden deshalb wissen, wie sie zu handeln haben; sie werden sich, sobald die „Volksfürsorge“ ihren Betrieb aufnimmt, ohne Säumen um ihr Banner scharen.

Aus der Partei.

Eine Konferenz für den Agitaitonsbezirk Frankfurt am Main tagte am Montag in Frankfurt a. M. Berichtet wurde, daß im Bezirk auf allen Gebieten gute Fortschritte gemacht wurden. Die Partei zählte in den elf Wahlkreisen vor zwölf Jahren 7517, im Vorjahre 23 213, jetzt 27 042 Mitglieder, darunter 3182 weibliche. Die „Volksstimme“ hat 40 000 Abonnenten. Bei der letzten Reichstagswahl stieg unsere Stimmenzahl um 26 640, gleich 31,02 %. In kommunalen Körperschaften hatte die Partei Vertreter: 1906: 159, 1908: 195, 1910: 261, 1912: 291. 1717 Mitglieder und 1055 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, 2 183 000 Flugblätter, 74 000 Broschüren und 120 000 Kalender verbreitet. Das Bibliothek- und Bildungswesen wurde weiter entwickelt, und die Jugendbewegung vorangebracht. Ueber die preußischen Landtagswahlen referierte Gen. Liebknecht. Unter lebhafter Zustimmung der Konferenz betonte er, daß der Freisinn nur auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen könne, wenn er Gegenleistungen gewährt. — Gen. Wendel sprach über den Internationalen Kongreß in Basel. An das Referat knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Als Delegierter wurde dann Gen. Wendel mit 74 gegen 51 Stimmen gewählt. Der Bezirksvorstand wurde durch eine Frau ergänzt und dem scheidenden Bezirkssekretär Rudolph wurden warme Worte der Anerkennung gezollt. Die Bezirkskonferenzen sollen künftig nur noch in Frankfurt abgehalten werden.

Ein sozialdemokratischer Kreistagsabgeordneter. Bei den Wahlen zum Kreistag für die Grafschaft Hohenstein (Landkreis von Nordhausen) wurde der Gen. Veithäuser mit großer Majorität gewählt.

Die Lüge.

(1. Fortsetzung.)

II.

Der Frühling ist ein bequemer Gesell. Berge steigt er nicht gern. Schon seit Wochen trieb er sich in der Ebene umher, bis er sich an seine Pflicht erinnerte, auch die Berge mit seiner Gegenwart zu beglücken. Nun aber ist er stürmisch ins Gebirge eingezogen. Der Schnee, der monatelang den Schmuck der Gipfel, Abhänge und Schluchten gebildet hatte, zerrann vor dem Ungestüm des Wilden eilig zu Wasser und dieses eilte hüpfend und murmelnd zu Tale, seinen Kreislauf antretend.

Sonntagnachmittag!

Marie hatte einen Brief von Helene erhalten, den sie jetzt noch einmal in ihrem Zimmer durchlas. Helene schrieb:

Liebe Marie!

Kannst Du die stille Freude nachfühlen, die ein unglückliches Weib empfindet, wenn sie, die Verlassene, die Gefallene, erfährt, daß es noch Menschen gibt, die sich ihrer in Liebe annehmen wollen? Von Deinem Bruder, den ich zu grüßen bitte, hatte ich eher erwartet, daß er mir durch Dich eine Abhandlung über die Sünde des gefallenen Weibes halten würde, um so angenehmer war ich überrascht, als ich Deinen Brief las.

Als Du wieder in Deine Heimat abgereist warst, wurde ich doch noch einmal unschlüssig, ob ich Deinen freundlichen Rat befolgen und in Euer Thüringer Städtchen ziehen sollte, aber, seitdem ich Deinen Brief erhielt, steht mein Entschluß fest. Die Waldluft der Umgebung Bergaus soll mir gut tun und ich muß auf meine Gesundheit bedacht sein, denn ich habe eine hohe Lebensaufgabe zu erfüllen. Die große Trösterin, die Zeit, wird bewirken, daß nach und nach wieder Ruhe und Frieden in mein Herz einzieht und wenn ich erst mein Kind ans Herz drücken kann, dann denke ich auch wieder glücklich zu werden.

Habt Dank für Eure Bemühungen um eine Wohnung. Nächste Woche schon werde ich in dieselbe einziehen.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe

Eure Helene Friedburg

Marie hatte den Brief durchgelesen und war im Begriff, ihn zusammen zu falten, als sie von ihrem Bruder, der vor die Türe seines Studierzimmers getreten war, gerufen wurde. Sie ging hinunter und nahm den Brief mit, um ihn unterwegs in die Tasche ihres Kleides zu stecken.

Der Onkel war angekommen und Fritz hatte Marie deshalb der Höflichkeit halber gerufen. Als sie in das Zimmer eingetreten und die übliche Begrüßung erledigt war, wurde sie von den Männern in das vorhin unterbrochene Gespräch gezogen, das jetzt fortgesetzt wurde.

„Was meinst du, Marie,“ fragte Fritz, „der Onkel hat soeben mein Zimmer getadelt. Er findet es nicht schön, daß im Studierzimmer eines Pastors kein Bild über irgend eine Szene aus dem neuen Testament, kein Porträt Luthers, oder das einer anderen Kirchengröße, oder sonst etwas, das den Stand des Eigentümers erraten läßt, zu finden ist. Ich habe diesen Mangel noch nicht empfunden.“

„Ich auch nicht,“ antwortete Marie, ging zum Fenster, die Gardine zurückschlagend, lud sie den Onkel mit einer Handbewegung ein, näher zu treten. „Was wären alle Bilder, mit denen wir dieses Zimmer schmückten, und wenn wir Tausende dafür aufwendeten, gegen dieses, das du da draußen sehen kannst, Onkel. Kein Prediger, und redete er mit Engelszungen, könnte die Größe Gottes besser preisen, als diese einfache Landschaft! Welcher Künstler könnte dieses junge Grün der Wiesen, durchschnitten von dem geschlängelten Silberbande des Baches, die Anmutigkeit des Dörfchens dort links, die Erhabenheit des im Hintergrunde aufsteigenden Berges mit seinem dunkelgrünen Nadelwald und den zu stiller Andacht stimmenden Frühlingshimmel wiedergeben. Auch, wenn sich das Bild verändert hat, wenn der Schnee alles mit seinem freundlichen Weiß bedeckt hat, oder, wenn in der Dämmerung sich das Abendrot in die Wolken mischt, ist die Wirkung dieselbe. Wenn ich irre werde an den göttlichen Einrichtungen dieser Welt, brauche ich nur dieses Bild anzusehen und dann kann ich mir den lieben Gott gar nicht anders vorstellen, als einen alten freundlichen Mann mit langem, weißen Bart und Haar und unendlich gutmütig blickenden Augen, der sich bewußt ist, seine Schuldigkeit getan zu haben und nun weiter keine Aufgabe hat, als auf seine Kinder, die Menschen, Obacht zu geben, damit sie sich einander nichts zuleide tun. Das sind ja Kinderphantasien, wie wir das Kind niemals abstreifen; aber du siehst doch, Onkel, daß dieses Bild zur Erbauung wirksamer ist, als die Aufzeichnung der schönsten Stellen des neuen Testaments.“

„Ei, ei, ich hätte gar nicht gedacht, daß du dich für irgend etwas begeistern kannst, auch habe ich nicht gewußt, daß das Bild, das du mir jetzt gezeigt hast, wirklich so schön ist, wie du es darstellst. Ich will zwar in Zukunft versuchen, es auch mit solchen Augen anzusehen, wie du, aber ich fürchte trotzalledem, eine schön ausgestattete Kirche wird mir besser gefallen,“ entgegnete der Onkel, der gleichgültig und sichtlich gelangweilt den begeisterten Ausführungen Maries zugehört hatte.

„Das ist Geschmackssache, darüber läßt sich nicht streiten,“ erwiderte Marie, wieder in den trocknen, gleichgültigen Ton verfallend, den sie gewöhnlich bei der Unterhaltung mit dem Onkel einschlug.

Man unterhielt sich noch ein Viertelstündchen über verschiedene gleichgültige Dinge, dann verabschiedete sich der Onkel von den Geschwistern. Er hatte die Türe noch nicht hinter sich geschlossen, als er sie wieder ganz öffnete und auf den Hausflur zeigte.

„Da hast Du beim Heruntergehen etwas verloren, Marie. Als ich kam, lag es noch nicht da, es ist wahrscheinlich ein Brief.“

Marie war erschrocken, als sie Helenes Brief, den sie sicher in ihrer Kleidertasche wähnte, liegen sah.

„Daß er den Brief nicht aufgehoben hat, um ihn zu Hause zu lesen, rechne ich ihm hoch an,“ meinte Marie zu ihrem Bruder, nachdem der Onkel fort war, „umso mehr, da ich weiß, daß er sehr neugierig ist.“

„So schlimm, wie du ihn machst, ist er überhaupt nicht,“ entgegnete Fritz.

„Ich kann es ihm aber nicht vergessen, daß er dich gezwungen hat, Theologie zu studieren. Wäre das Altersverhältnis zwischen uns umgekehrt gewesen, du wärest jetzt kein Geistlicher, die Versicherung gebe ich dir. Wir hätten einmal sehen wollen, auf wen du eher gehört hättest, auf mich, oder auf den.“

„Närrin, sind wir Herren unserer eigenen Entschlüsse, können wir uns diesen Luxus leisten, wenn wir die reale Unterlage —“

„Na, ja freilich, desto mehr ärgere ich mich über ihn.“

„Beruhige dich, Kind. Ist dir denn der Pastor so sehr zuwider?“

„Ja, allerdings nur der Pastor, der Bruder nicht,“ entgegnete sie, sich an seinen Hals werfend.

„Jetzt will ich mich fertig machen, um 4 Uhr holt mich Richard ab, wir wollen einen Spaziergang machen und ein wenig in der schönen Aussicht einkehren, gehst du mit?“

„Nein, ich störe ja doch nur.“

„Da hast du Recht, ein geistlicher Herr paßt nicht zu einem jungen Brautpaare. Leben Sie wohl, Herr Pastor,“ antwortete sie, ihm im Hinausgehen eine Kußhand zuwerfend.

Onkel Theodor Krämer war der ältere Stiefbruder der jung verstorbenen Mutter des Geschwisterpaares und noch unverheiratet. Früher war er Besitzer einer Puppenfabrik, verkaufte diese aber, als er noch im besten Mannesalter stand. Da er ohnedies nicht ganz vermögenslos war, wurde er Rentier. Da aber nun jeder, zumal wenn er Junggeselle ist, eine Beschäftigung haben muß, verfiel er auf den Wohltätigkeits- und Frömmigkeitssport. Da war es kein Wunder, daß er dem Kirchenvorstande angehörte. Seinem Einflusse hatte Fritz auch die Pfarrstelle zu verdanken.

(Fortsetzung folgt.)

Urlaub für den internationalen Sozialistenkongreß in Basel. Aus Sofia wird gemeldet: Eine Deputation wird beim Kriegsminister vorstellig, um für die eingerückten Sozialisten einen Urlaub zur Teilnahme an dem in Basel projektierten sozialistischen Kongreß zu erwirken, der seine Stimme gegen die kriegerische Einmischung Europas erheben soll. Der Minister stellte sein Entgegenkommen in Aussicht. — Die Form der Meldung erweckt den Anschein, als erwarte die serbische Regierung eine Förderung ihrer Pläne vom internationalen Kongreß; sie wird bald sehen, daß sie sich in ihren Erwartungen getäuscht hat.

Protest der Petersburger Arbeiter gegen den Krieg. Auf der Bevollmächtigtenversammlung der Petersburger Arbeiter wurde einstimmig folgender Protest gegen den Krieg angenommen: Wir, die Bevollmächtigten der Arbeiter des Petersburger Gouvernements, betrachten es als unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben gegen den Krieg, der am Balkan entbrannt ist. Wir, die Arbeiter Rußlands, wie das Proletariat aller Länder, sind entschiedene Gegner des Krieges. . . . Der Krieg am Balkan droht in ein allgemeines Kriegsfeuer überzugehen und alle europäischen Staaten, in erster Linie Rußland, mit hineinzuziehen. Unter dem Vorwand eines gerechtfertigten Protestes gegen die Unterdrückung der Slaven durch die Türken, führen die Balkanstaaten in Wirklichkeit einen Krieg im Interesse der Besitzergreifung von neuen Gebieten. Unter demselben Vorwande suchen die reaktionären Kreise Rußlands, von den liberalen Kreisen unterstützt, Rußland in das blutige Ringen am Balkan, in ein neues Kriegsabenteuer hineinzuziehen, das das Land wiederum an den Rand des Untergangs und des Ruins zu führen droht. Wir protestieren laut gegen die Blut- und Eisenpolitik, die gegen den Willen der Balkanvölker begonnen hat. Wir entsenden unseren brüderlichen Gruß und den Ausdruck unserer vollen Solidarität an die Arbeiter Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und der Türkei, die mutig ihre Stimme erhoben haben gegen den von den Regierungen inszenierten Krieg. Wir schließen uns den Arbeitern Deutschlands, Frankreichs, Oesterreichs, Englands und der ganzen Welt an, die dem Kriege den Krieg erklärt haben, um das ausgebrochene Feuer zu löschen und einen Weltkrieg zu vereiteln. Wir erheben Protest gegen unsere russischen Liberalen, die dem dunklen Werke der Hineinziehung Rußlands in einen neuen Krieg ihre schmähliche Unterstützung leihen. Wir machen es den Auserwählten der Arbeiterklasse im Verein mit allen wirklichen Volksvertretern zur Pflicht, in und außerhalb der Reichsduma die Politik des kriegerischen Abenteuertums mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wir sind überzeugt, daß unser Protest gegen den Krieg Widerhall findet bei allen Arbeitern Rußlands, bei allen ehrlichen Demokraten, und den Arbeitern aller Länder zur Kenntnis gelangt. Nur die Feinde der Freiheit bedürfen des Krieges; die Arbeiterklasse will die Eintracht der Völker.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung Textilarbeiter! Weil in Göppingen 29 Spulerinnen streiken, hat der süddeutsche Textilindustriellenverband über ganz Württemberg die Aussperrung verhängt. Es wird dringend ersucht, alle Arbeitsangebote nach Württemberg abzulehnen. Besonders zu meiden sind folgende Firmen: Baumwollspinnerei „Brühl" bei Eßlingen, Baumwollspinnerei und Weberei Hornschuh in Unterurbach, Kammgarnspinnerei Bietigheim und Kammgarnspinnerei Merkel & Kienlin in Eßlingen.

50 Jahre Berliner Buchdruckerorganisation. Fünfundzwanzigjährige Jubiläen konnten verschiedene Zentralverbände in den letzten Jahren feiern, doch auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken zu können, blieb als ein gewerkschaftliches Vorrecht den Berliner Buchdruckern vorbehalten. Am 2. Dezember 1862 kamen 53 Gehilfen des Buchdruckgewerbes zusammen, um einen Verein in Berlin zu gründen. Den Anlaß dazu gab ein Inserat der „Berliner Volksztg", in dem Eltern aufgefordert wurden, ihre Söhne Buchdrucker lernen zu lassen, da in diesem Gewerbe ein Mangel an Lehrlingen vorhanden sei. Aus diesem ersten Versuch heraus, zur Wahrung der gewerblichen Interessen sich organisatorisch zusammenzuschließen, erwuchs der gewerkschaftliche Organisationsgedanke unter den Berliner Buchdruckern, der in Wilhelm Liebknecht einen warmen Befürworter fand. Zur würdigen Begehung dieses Jubiläums hatte der Berliner Verein zum Bußtag eine imposante Feier veranstaltet. Um den Wünschen der etwa 11 000 Mitglieder, an dieser Jubiläumsfeier teilnehmen zu können, auch nur annähernd Rechnung zu tragen, hatte der Vorstand den Zirkus Schumann als Festlokal gemietet, der bis auf den letzten Platz (einschließlich der mit Stühlen besetzten Arena) besetzt, doch nur rund 4500 Personen Platz bieten konnte. In dankbarer Erinnerung der Verdienste Wilhelm Liebknechts um die Berliner Buchdrucker, denen er bis zu seiner letzten Lebenszeit ein guter Freund war, hatte der Vorstand in früher Morgenstunde seine Grabstätte geschmückt. — Aus dem mit regem künstlerischem Fleiß zusammengestellten Jubiläumsprogramm heben wir besonders hervor, daß neben einem wohlgelungenen Vokal- und Instrumentalkonzert, an dem eine Künstlerkapelle und die „Typographia" mitwirkte, eigene Festdichtungen zum Vortrag kamen. Vrezgang hatte den Prolog gedichtet und ein besonderes Festspiel hatte ebenfalls einen Kollegen zum Verfasser. Vertreter aus vielen Gauen des Buchdruckerverbandes waren neben einigen Ehrengästen der Arbeiterorganisationen, der Generalkommission und des Parteivorstandes anwesend. In einem besonderen Ehrentage gestaltete sich die Feier für drei anwesende Jubilare, die vor 50 Jahren den Verein mit gründen halfen. Nach einer kurzen weihevollen Ansprache durch den Vorsitzenden Albrecht hielt Aussini eine temperamentvolle Festrede, die in die Betonung der Einigkeit der Buchdrucker mit der gesamten Arbeiterschaft ausklang. Der Verbandsvorsitzende Döblin überbrachte in einer längeren Ansprache die Glückwünsche des Zentralvorstandes, während der Vorsitzende der Generalkommission Carl Legien besonders hervorhob, wie die Buchdrucker als Pioniere der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihr den Weg gebahnt und welche Verdienste sie sich um die allgemeine Arbeiterbewegung erworben haben. Und so klang die hehre Feier in dem von tausendstimmigen Beifall begleiteten Gelöbnis aus, dem Aussini in seiner Festrede Ausdruck verlieh: daß, wie die Buchdrucker in ihrem Gewerbe zur Erhaltung des sozialen Friedens bemüht seien, sie auch als politische Mitglieder innerhalb der politischen Partei für den Völkerfrieden eintreten werden, daß sie aber auch allen etwaigen Kämpfen in Einigkeit gerüstet und gewappnet gegenüber stehen werden!

Eine Eisenbahnerkonferenz. Eine Konferenz von Vertretern der Ortsgruppen und Einzelmitglieder der Reichssektion der Eisenbahner des deutschen Transportarbeiterverbandes fand in diesen Tagen statt. (Ort und Datum können mit Rücksicht auf die Teilnehmer an der Konferenz nicht bekannt gegeben werden.) Es war dies die erste Konferenz seit dem Anschluß des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands an den Transportarbeiterverband. Der Besuch war ein außerordentlich starker. Vertreten waren mit Ausnahme der bayerischen, badischen und württembergischen, alle Staatseisenbahnen. Bei der Einberufung der Konferenz war besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß als Delegierte nur aktive Eisenbahner gewählt wurden, die mindestens ein Jahr dem Verbande als Mitglied angehörten. Die Konferenz hatte verschiedene wichtige Angelegenheiten zu erledigen, von denen wir hier nur folgende Beschlüsse registrieren: Anstelle des bisherigen Einheitsbeitrages von wöchentlich 40 Pfg. wurden die Klassenbeiträge von 40, 45 und 50 Pfg. festgesetzt, mit der Maßgabe, daß die Ortsgruppen selbst bestimmen können, welcher Beitragsklasse sie angehören wollen. Die besonderen Unterstützungssätze sind aufgehoben worden und haben die Mitglieder der Reichssektion der Eisenbahner nunmehr Anspruch auf die vollen vom Verbande gewährten Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Beitragsleistung. Zur Frage des Koalitionsrechts hat die Konferenz ebenfalls erneut Stellung genommen und einstimmig folgende Erklärung beschlossen: „Auf das allen Arbeitern und Bediensteten im wirtschaftlichen Ringen unentbehrliche volle Koalitionsrecht können auch die in Staatsbetrieben Beschäftigten nicht verzichten. Die Selbstachtung gebietet allein schon den Eisenbahnbediensteten, an diesem Rechte unbedingt festzuhalten, weil durch Preisgabe desselben sich der Eisenbahner selbst zum Staatsbürger zweiter Klasse degradieren würde. Die Reichssektion der Eisenbahner und ihre Organe propagieren nicht den Streik, sondern sind stets bestrebt, den berechtigten Wünschen der Eisenbahner durch Anwendung friedlicher Mittel Geltung zu verschaffen und dadurch den Streik und die Benutzung ähnlicher Kampfmittel von den staatlichen Verkehrsanstalten fernzuhalten. Die Reichssektion der Eisenbahner erklärt in Übereinstimmung mit dem internationalen Transportarbeiterkongreß in Wien 1908, daß mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahnen und aller staatlichen Verkehrsanstalten der Streik oder die passive Resistenz zwecks Erringung besserer Arbeitsbedingungen oder sonstiger wirtschaftlicher Vorteile nur als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden darf, wenn sich weder auf dem Wege der Verständigung der Organisation mit den Eisenbahnverwaltungen, oder durch das Parlament eine notwendige Verbesserung der Lage des Personals erreichen läßt, und auch dann nur, wenn die Stimmung der Bevölkerung nicht gegen die Anwendung solcher Mittel ist. Das letzte und gerade deshalb unentbehrliche Mittel im wirtschaftlichen Kampfe ist der Streik, dessen Anwendung nach Erschöpfung aller anderen Mittel, das unveräußerliche Recht aller Arbeiter bleiben muß. Die beste Gewähr für die Fernhaltung des Streiks erblickt die Konferenz in der gesetzlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und deren Mitbestimmungsrecht bei Festlegung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen." Ferner hat die Konferenz beschlossen, beim Sekretariat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation zu beantragen, daß auf die Tagesordnung des im nächsten Jahre in London stattfindenden internationalen Transportarbeiter-Kongresses gesetzt wird: Das Koalitionsrecht und seine Anwendung auf staatliche Verkehrsanstalten.

Der Kampf im Leipziger Buchhandel. Der vom Leipziger Buchhändler Hilfsverband angezettelte Kampf im Leipziger Buchhandel dauert nunmehr die zweite Woche und wird mit äußerster Erbitterung geführt. Die Differenz zwischen der Forderung der Buchhandlungsmarkthelfer und der Bewilligung der Unternehmer war so gering, daß der böse Wille der millionenschweren Scharfmacher im Leipziger Buchhandel offenkundig ist. Sie wollten den Kampf, der sich gegen die Organisation richtet, sie wollten „den Buchhandel von den ewig unruhigen Elementen" befreien und sperrten darum einfach aus. Doch zu ihrer Verwunderung mußten sie sehen, daß die Zahl der „unruhigen Elemente" so groß war, daß von einer Aufrechterhaltung der Betriebe keine Rede mehr sein konnte. Die paar Stehengebliebenen wußten weder vorn noch hinten Bescheid und so begann eine förmliche Jagd nach Arbeitswilligen. Tag für Tag brachte die bürgerliche Presse Inserate und an den Anschlagsäulen prangten große Plakate, in denen unter allerhand schönen Versprechungen Arbeitswillige gesucht wurden und noch gesucht werden. Was aufgetrieben werden konnte, war zumeist nur Kaschemmenpublikum, schnapsdurstende Gestalten, denen die Buchhändler, wie sie selbst angeben, keinen Pfennig Geld anvertrauen können. Einige von ihnen haben auch schon nähere Bekanntschaft mit der Polizei machen müssen, davon einer, weil er einen „Privatbuchhandel" eröffnet hatte mit Büchern, die er unter der Weste mitgehen hieß. So jagen denn die Buchhändler Rundschreiben auf Rundschreiben an ihre Kunden, in denen sie um Rücksicht auf die augenblickliche Lage bitten. Skandalös ist natürlich wieder das Verhalten der Polizei. Ihre Tätigkeit ist namentlich darauf gerichtet, das Streikpostenstehen illusorisch zu machen. Sie weist die Posten weg, konfiszieret Flugblätter und — begleitet die Rausreißer in Zivil auf den Geschäftswagen. Dabei stecken die Kriminellen in Markthelferkluft, greifen auch bei der Arbeit zu, kurz, verrichten im Interesse der Unternehmer praktische Streikarbeit. Höher geht's doch wohl nimmer. Und das Polizeiamt meinte auf eine Beschwerde des Transportarbeiterverbandes, daß diese Tätigkeit durchaus notwendig sei. Trotz all dieser Hilfe stecken die Buchhandlungsfirmen bös in der Tinte, und sie hätten längst nachgegeben, wenn die Großen im Leipziger Buchhandel, die im Helferverband den Ton angeben, nicht so maßlos ihre Übermacht geltend machen würden. Da der Buchhandel aber mit den gar nicht eingerichteten Arbeitswilligen nicht auskommen kann, muß den Ausgesperrten und Ausständigen bei Fernhaltung des Zuzugs von gelernten Buchhandlungsmarkthelfern der Sieg zufallen.

Die „Christlichen" und die päpstliche Enzyklika. In Köln tagte am Donnerstag der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der durch die päpstliche Enzyklika geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuß beschloß, zur Klärung und zum Abschluß der Angelegenheit einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß zu berufen, der am Dienstag, dem 26. November, in Essen a. d. Ruhr im städtischen Saalbau zusammentreten soll. Der Ausschuß des Gesamtverbandes ist eine aus 49 christlichen Gewerkschaftsführern bestehende Institution, in der alle angeschlossenen Verbände durch ihre Vorsitzenden und Redakteure vertreten sind. Es wird noch über die Tagung berichtet. Einmütig einigte man sich dahin, daß über die Abhaltung des Kongresses sowie auch über die Beurteilung der Situation innerhalb des Gesamtverbandes vollkommene Übereinstimmung bestehe. Als Referent zu dem Gewerkschaftskongreß ist Stegerwald bestimmt.

Aus der Arbeiter-Internationale.

Oesterreich. In einem großen Erpresserprozeß hatten Unternehmer und Staatsanwalt eine Anklage gegen eine Anzahl streikender Tischler in Innsbruck gestaltet, doch mußten alle Angeklagten, die drei Wochen Untersuchungshaft verbüßten, freigesprochen werden. Als Streikbrecherlieferant tat sich bei diesem Streik, der nun schon drei Monate dauert, die christliche Organisation hervor. — Die Folgen des Separatismus zeigt drastisch der Bericht der Bergarbeiter-Union, die kürzlich ihren Verbandstag abhielt. Danach zählte die Union 1905: 22 618, 1909: 28 352, 1910: 17 506 und 1911: 13 540 Mitglieder. Dieser Verlust ist fast ausschließlich auf die Agitation der Separatisten zurückzuführen. — Der Streik der Straßenbahner in Brünn wurde mit vollem Erfolge beendet.

Italien. Zum 8. Dezember beruft der Metallarbeiterverband einen außerordentlichen Kongreß ein, um Mittel und Wege zur Weiterführung zweier verhältnismäßig großer Streiks, an denen 500 Mitglieder beteiligt sind, zu beraten. Die Gewerkschaftszentrale hat zur Unterstützung dieser seit Wochen tobenden Kämpfe einen öffentlichen Aufruf erlassen. — Trotz aller ungünstigen Umstände haben die streikenden Mailänder Buchdrucker einen Sieg davongetragen. Ein neuer Vertrag, der für sechs Jahre gilt, sieht Lohnerhöhungen von 5—10 Prozent und andere Verbesserungen, Anerkennung des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises usw. vor. Zu den Vertragschließenden gehören auch die Buchdrucker, Lithographen usw.

Frankreich. Die Gewerkschaft der Pariser Buchdrucker veranstaltet zurzeit eine Urabstimmung darüber, ob die Forderung einer Lohnerhöhung demnächst gestellt und event. dafür gestreikt werden soll. — Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in der Kammer, das im Frühjahr durch Zufall angenommene Gesetz Berry-Millerand, nach dem wegen Streikvergehens usw. verurteilte junge Leute zu den Strafkompagnien gesandt werden sollen, wieder aufzuheben, wurde nach heftiger Debatte abgelehnt. — Zur Teilnahme an der Demonstration (im Freien) gegen den Krieg, welche die sozialdemokratische Partei am letzten Sonntag veranstaltete, hatten wider Erwarten das Pariser Gewerkschaftskartell, die meisten Gewerkschaften und auch das Tageblatt der Syndikalisten aufgefordert. Die Bauarbeiter hielten zugleich eine eigene Versammlung gegen den Krieg in einem Saale ab, in der die Leiter des Gewerkschaftsbundes sprachen, die eine gemeinsame Manifestation mit der Partei „als unvereinbar und mit der gewerkschaftlichen Neutralität" abgelehnt hatten. — Nach dreistündigem Streik errangen 400 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie in Arpajon den freien Sonnabend-Nachmittag.

England. Eine Konferenz des Verbandes der Zollbeamten in London sprach sich für die Gründung eines allgemeinen Verbandes aller Angestellten öffentlicher Betriebe aus. — Die Hinterbliebenen der so heroisch mit der „Titanic" untergegangenen Musiker mußten mit ihrer Schadenersatzklage gegen die White Star Linie abgewiesen werden, weil diese Gesellschaft so vorsorglich gewesen war, seit dem 1. Januar die Musiker, die früher einen nominellen Lohn von 1 Mark monatlich erhielten, in die Schiffslisten als Passagiere einzutragen, so daß sie als Angestellte nicht galten. — Die Unzufriedenheit der Weber wegen Abzüge für schadhafte Stellen im Gewebe hat in Colne und anderen Ortschaften schon zu partiellen Streiks geführt, denen leicht eine allgemeine Bewegung folgen kann. — In der „schwarzen Ecke", die durch den Streik der Kettenmacherinnen soviel von sich reden machte, streiken 700 Arbeiter, meist Frauen, die in der Blechwarenindustrie beschäftigt sind, um einen Minimallohn von 10 Mark für 54 Stunden in der Woche zu erringen. Auch ein Teil der bürgerlichen Presse sammelt Gelder für die Unterstützung dieser fürchterlich ausgebeuteten Heimarbeiter. — Das Einigungsamt der Eisenbahner der Great Central sprach diesen eine Anzahl bedeutender Verbesserungen der Löhne usw. zu. — Durch Lohnbewegungen wurden im Jahre 1911 für 507 207 Arbeiter (ohne Seeleute und Eisenbahner) die Löhne erhöht, für 399 362 Arbeiter wurden sie herabgesetzt. Auf gleichem Wege erhielten 151 056 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung, während 4331 Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit erdulden mußten. — Die Bergarbeiter beschlossen, 200 000 Mark in dem neuen Tageblatt der Arbeiterpartei zu investieren. — Die gewerkschaftliche Lebensversicherung beruft auf den 29. November nach Salford eine außerordentliche Gewerkschaftskonferenz ein, die zur Durchführung des Versicherungsgesetzes durch die Gewerkschaften und zu der geplanten gewerkschaftlichen Lebensversicherung Stellung nehmen soll.

Argentinien. Einen interessanten Einblick in die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gestattet eine kürzlich veröffentlichte Statistik, die die Verhältnisse von 400 Arbeitern in der Hauptstadt erfaßt. Danach betrug der Durchschnittslohn 4 Papierpeso (à 1,70 Mk.) pro Arbeitstag, die Miete 28,5 Peso monatlich. Dabei bewohnen 341 nur einen Raum, 39 besitzen 2 Zimmer, 14 haben 3 und 6 verfügen über 4 Räume. 308 dieser Arbeiter sind verheiratet, sie haben 869 Kinder. In den erfaßten 452 Räumen leben 1269 Insassen, also durchschnittlich kommen 2,8 Personen auf jeden Raum. Manche Räume, die von Familien bewohnt sind, haben nur eine Türe, aber kein Fenster. Wenn man bedenkt, daß der Lebensunterhalt nach unseren Begriffen ganz ungeheuer verteuert ist, so kann man ermessen, daß diese lockenden Verhältnisse keine Auswanderer anziehen würden, wenn nicht Regierung und Unternehmung durch geschickte Reklame und teilweise Erstattung der Ueberfahrtskosten für das notwendige Arbeitswilligenmaterial sorgen würden.

Australien. In Tasmanien streikten die Bergarbeiter, um die Bergwerke in Zukunft durch die Inspektoren ihrer Gewerkschaft revidieren zu lassen. Nach drei Tagen erkannten die Unternehmer die Forderung an. — In Queensland wurde eine neue „Friedensgesetz"vorlage der Regierung schon in zweiter Lesung angenommen. Dadurch wird jeder Streik so gut wie unmöglich gemacht. Nach der Vorlage wird derjenige mit schweren Geld- und Freiheitsstrafen bedroht, der an einem nach der Vorlage ungesetzlichen Streik teilnimmt. Jede Arbeitseinstellung ist solange ungesetzlich, als sie nicht vorher der Behörde angezeigt wird und eine von dieser unter allen Beteiligten veranstaltete Urabstimmung sich dafür ausgesprochen hat. — Auf einer Konferenz von Vertretern der einzelstaatlichen Bäckergewerkschaften wurde die Gründung eines Bäckerverbandes für ganz Australien beschlossen. — Die Regierung von West-Australien kündigte ein Gesetz an, nach dem die Arbeitszeit allgemein auf höchstens 44 Stunden in der Woche festgesetzt wird.

Vereinigte Staaten. 25 000 Bauarbeiter demonstrierten in Neuyork durch Umzug und Massenversammlung gegen die immer zahlreicheren Einhaltsbefehle, durch die jedes Streikrecht in letzter Zeit geradezu illusorisch gemacht worden ist. — Wiskonsin ist der erste amerikanische Staat, der jetzt die staatliche Lebensversicherung einführt. Aufnahme sollen aber nur gesunde Personen im Alter zwischen 22 und 50 Jahren finden. — Wie lebhaft es in der Gewerkschaftsbewegung zugeht, zeigt der Verband der Bergarbeiter, dessen zahlende Mitgliederzahl im Oktober von 338 980 auf 369 818 stieg. — In den Erzgruben Vancouvers ist ein allgemeiner Streik um Lohnerhöhung ausgebrochen. — In Louisiana wurden der Vorsitzende und 49 andere Mitglieder des Waldarbeiterverbandes nach zweimonatiger Untersuchungshaft freigesprochen. Bei ihrem verzweifelten Kampfe gegen die Unternehmer waren sie oft mit Streikbrechern zusammengeraten, die sie auch am 7. Juli beim Abhalten einer Versammlung störten. Bei diesem Zusammenstoß waren 5 Tote und 36 Verwundete auf dem Platze geblieben und darauf die Genannten unter Anklage gestellt worden. Sie konnten aber die Schuld der Unternehmer nachweisen, gegen die bisher trotzdem noch nicht eingeschritten wurde.

Aus der Jugendbewegung.

Internationale Jugendkonferenz. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands schreibt uns: Mehrere Anfragen veranlassen uns mitzuteilen, daß die proletarische Jugendbewegung Deutschlands auf der Konferenz in Basel nicht vertreten sein wird. Nach der Nürnberger Resolution über die Jugendbewegung ist „die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteifragen nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.“ Aus diesen Gründen ist die deutsche Jugendbewegung bisher nicht an das Internationale Jugendsekretariat angeschlossen.

Kommunales.

Gemeindewahlen. In der Stadt Dessau vereinigte sich bei der Stadtratswahl auf die gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Fortschrittler eine Mehrheit von rund 500 Stimmen. Gewählt wurden fünf Sozialdemokraten, fünf Fortschrittler und zwei Demokraten. Die nationalliberal-mittelständlerische Mehrheit im Stadtparlament ist nun ersetzt durch die sozialdemokratisch-fortschrittliche. — Die Erfurter Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung endeten am Dienstag nach siebentägiger Dauer mit einer Niederlage unserer Genossen. Von 15 410 Wahlberechtigten übten 7357 ihr Wahlrecht aus = 47,74 %. Stimmen erhielten unsere Genossen 2896—2856, die Gegner 4376—4336; wir erhielten 39,36 % der gesamten abgegebenen Stimmen. Bei der letzten Wahl hatten unsere Genossen 42,31 % der abgegebenen Stimmen, während die Beteiligung nur 38,12 % betrug. Wahlterrorismus zeigte sich in der krassesten Form an allen sieben Tagen. Die Wahlbeteiligung war 1908 zum erstenmal über 30 % gestiegen, die Angst vor einigen Sozialdemokraten hat diesmal fast 48 % auf die Beine gebracht. — Bei der Bürgerausschußwahl (3. Klasse) in Mosbach (Baden) erhielten die Sozialdemokraten 5 von den 20 Sitzen. Hätte die sozialdemokratische Liste eine Stimme mehr erhalten, so würde ein weiteres Mandat erobert worden sein. — In Konstanz brachten die Bürgerausschußwahlen in der 3. Klasse bei einer Wahlbeteiligung von 64 % den Sozialdemokraten 8 Stadtverordnetensitze von 32 im ganzen. Bei den Wahlen der zweiten Klasse, an der sich 81 % der 1363 Wahlberechtigten beteiligten, fielen auf die sozialdemokratische Liste nur 34 Stimmen. Es wurde in dieser Klasse keiner unserer Kandidaten gewählt. — In Zerbst siegten die Sozialdemokraten und Demokraten über die Mischmasch-Kandidaten.

Soziales.

Krupps Unternehmergewinn. Die Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Friedr. Krupp genehmigte die Dividende von 12 Prozent für das Geschäftsjahr 1911/12, gegenüber 10 Prozent im Vorjahre. Die Fabrikation von Kriegswerkzeugen und Mordinstrumenten war also im letzten Jahre lohnender, als im Vorjahre. Wie diese Fabrikation ihren Mann ernährt, zeigen folgende Zahlen: Der Betriebsüberschuß sämtlicher Werke beträgt 41 813 268 Mk., und der Gesamtüberschuß stellt sich unter Hinzurechnung verschiedener Einnahmen auf 46 038 362 Mk. Hiervon sind abzusetzen für Steuern 5 004 212 (3 736 850) Mk., für die gesetzliche Arbeiterversicherung 4 454 581 (4 223 677) Mk., und für Wohlfahrtsausgaben aller Art 7 050 647 (6 428 241) Mk., insgesamt also für 16 509 421 Mk., sodaß ein Reingewinn von 29 528 881 (28 712 265) Mk. verbleibt, zu dem noch ein Gewinnvortrag von 4 230 580 (163 928) Mk. tritt. — Ein feines Geschäft für die Familie Krupp!

Oldenburger Landtag.

h. Am 22. November fand die zweite Plenarsitzung des Landtags statt. Die zur Verhandlung stehenden 13 Gegenstände waren zumeist untergeordneter Natur. Allgemeines Interesse haben folgende Punkte: Der Beschluß des Landtags, auf Aufhebung des Amtsgerichts Damme (im sogen. Oldenburger Münsterland belegen), hat seit der Beschlußfassung im Jahre 1902 heftige Anfechtungen erfahren. Wiederholt hat dann ein späterer Landtag die Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Damme beschlossen, und jetzt hat die Regierung eine dahingehende Vorlage eingebracht, die einstimmige Annahme fand. Eine Interpellation des Abg. Tantzen, welche Ursachen der Verzögerung des Bahnbaues Oldenburg zu grunde liegen, fand dahin ihre Erledigung, daß die Regierung erklärte, es habe sich eine nochmalige Durcharbeitung des Bauplanes notwendig gemacht. Die Interpellation des Abg. Müller-Brake über den Mangel an genügenden höheren Bildungsanstalten führte zu einer längeren Debatte. Der Interpellant ist der Ansicht, daß auch in den Landstädten höhere Realschulen errichtet werden müßten. Die Regierung erklärt sich bereit, für die Stadt Oldenburg eine weitere höhere Schule zu errichten. Aber bei der Kleinheit des Landes sei es nicht möglich, neben den schon bestehenden höheren Schulen in Landstädten weitere höhere Schulen zu bauen. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei dieser Gelegenheit die Beseitigung der Vorschulen gefordert und dem Ausbau der Volksschule das Wort geredet.

Eine umfangreiche Debatte brachte die Interpellation des Abg. Tantzen (Freis.) betreffend Bekämpfung der herrschenden Fleischnot und Aufhebung der Futtermittelzölle. Der Interpellant besprach die Maßnahmen der Reichsregierung als ungenügend, hielt den Weg, die Kommunen auf den Weg der Selbsthilfe zur Bekämpfung der Teuerung zu verweisen, für verfehlt, als zum Sozialismus führend, wenn allgemein befolgt; er befürchtete andererseits, daß die Maßnahmen der Städte, den Verkauf selbst in die Hand zu nehmen, Schiffbruch erleiden und schließlich zu einer Belastung der Steuerzahler führen würden. Redner trat für die Aufhebung der Futtermittelzölle und des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ein und forderte eine energischere Kolonisation im Lande. Die Mehrheit des deutschen Volkes sei Gegner der heutigen Wirtschaftspolitik, dem müsse die Regierung Rechnung tragen.

In der Beantwortung der Interpellation verteidigte die Regierung die Maßnahmen des Reichskanzlers und suchte dann geschickt auszuweichen, indem der Minister Scheer als erstrebenswertes Ziel in den Vordergrund rückte, das für die Ernährung notwendige Vieh selbst zu produzieren, um im Kriegsfalle nicht durch Absperrung der Einfuhr vom Auslande abhängig zu sein.

Den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat Abg. Hug, der die von der Reichsregierung erlassenen Maßnahmen als völlig unzulänglich erklärte und bemängelte, daß die Zollermäßigungen für Vieh nur den Gemeinden und nicht auch den Konsumgenossenschaften zugute kommen. Er erhob dann die von der Sozialdemokratie vertretenen Forderungen auf Beseitigung des Zolltarifs und des Einfuhrscheinwesens usw. Redner ging dann auf die Vorschläge der Oldenburger Landwirtschaftskammer zur Beseitigung der Fleischteuerung ein, Vieh zu einem vertraglich vereinbarten Preis auf mehrere Jahre an die Gemeinden zu liefern; bisher sei aber niemand mit einem Angebot an die Gemeinden herangetreten.

Abg. Müller-Nutzhorn, der Führer der Agrarier, sang ein Loblied auf die jetzige Wirtschaftspolitik und suchte schließlich die städtischen Schlachthäuser mit für die Fleischteuerung verantwortlich zu machen, durch den Schlachtzwang und die Nachbeschau für eingeführtes Fleisch.

Die Interpellation zeitigte so nur eine Auseinandersetzung der Parteien, die noch längere Zeit fortdauerten.

Schluß der Verhandlungen 2 Uhr.

Eingegangen ist noch eine Interpellation des Abg. Steenbock, die eine Baupolizeiordnung für das Fürstentum Lübeck fordert.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung eines Ortskassenrendanten. In Solingen ist der Rendant der Ortskrankenkasse, Reinhardt, wegen Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung verhaftet worden. Der Rendant ist der Solinger Ortskrankenkasse seinerzeit von der Aufsichtsbehörde aufgezwungen worden. Mit der Sozialdemokratie hat er, wie gleich bemerkt werden mag, nie etwas zu tun gehabt.

Selbmord eines Deutschen in Kopenhagen. Mit dem Berliner Zug traf gestern ein etwa 25jähriger Deutscher in Kopenhagen ein, der im Hotel d'Angleterre abstieg und sich als Kaufmann Humbert aus Hannover eintrug. Der Fremde begab sich sofort in sein Zimmer, aus dem bald darauf ein Schuß ertönte. Man fand den jungen Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe bewußtlos am Fußboden liegen. Bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb er.

Gegen den „Simplizissimus“. Eine Versammlung vereinigter Ausschüsse zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur in Metz beschloß einmütig, bei der Stadtverwaltung um Streichung des „Simplizissimus“ aus der Liste der in den Zeitungskiosken verkäuflichen Zeitschriften einzukommen. — Die Ausschüsse versichern, daß sie bisher mit ihrer Arbeit Erfolg gehabt; wenn er gleichwertig einem „Simplizissimus“verbot ist, dann dürfen sich die tapferen Sittlichkeitswächter in der Tat gratulieren.

Schwerer Unfall im Unterseeboot. An Bord des Unterseebootes „Foucault“ in Cherbourg erlitten sechs Mann der Besatzung infolge einer durch Selbstentzündung des Schmieröls verursachten Explosion schwere Brandwunden. Das Unterseeboot kehrte mit Hilfe seiner Elektromotoren in den Hafen zurück.

Gelandete Schiffbrüchige. Der Dampfer „Huancha“ ist mit einem Teil der Passagiere des Dampfers „Oravia“, welcher am 12. November abends an einen Felsen gefahren und dabei in zwei Teile geschnitten wurde, in Punta Arenas eingetroffen. Die Ladung der „Oravia“ ist gänzlich verloren.

Aufregende Stunden im Polizeihauptquartier von Los Angelos. Karl Warr, ein Deutscher, verursachte Dienstag im Polizeihauptquartier eine anderthalbstündige Panik. Er betrat das Gebäude mit einer Kiste auf dem Rücken, die mit Dynamit gefüllt und mit einem komplizierten Entzündungsmechanismus ausgestattet war, und ersuchte die Polizei, einen hohen Eisenbahnbeamten herbeizurufen, den er in die Luft sprengen wolle. Mehrere Polizeibeamte beschäftigten Warr durch ein Gespräch, während andere die Arrestanten aus dem Gefängnis holten und sie in Sicherheit brachten. Die im Gebäude tagenden Gerichtshöfe schlossen in Eile die Sitzung. Richter, Geschworene und Zuhörer stürzten auf die Straße. Nach geraumer Zeit gelang es einem Polizeibeamten, Warr von hinten mit seinem Knüppel niederzuschlagen, so daß er die Besinnung verlor. Die Kiste enthielt 60 Stangen Dynamit von hoher Sprengkraft. Warr ist vermutlich geistesgestört.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 22. November.

Auftrieb 4600 Schweine. Markt rege.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 84,— (—,— bis 67,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 83.— (—,— bis 66 50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83.— bis 84,— (64 50 bis 65,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 82,— bis 84,— (64.00 bis 65,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 74,— bis 80,— (56,50 bis 61,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 79,— bis 80,— (63.— bis 64.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 74,— bis 78,— (57,50 bis 61,—) Mk.

Literarisches.

„Neue Zeit“. Heft 7.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Neu!

MAGGI's Geflügel-Suppe

ist wirklich delikat!

1 Würfel 10 Pfg.

5164

Herzlichen Dank allen denen, die uns zu unserer Hochzeit durch Geschenke und Glückwünsche erfreuten.
Karl Obst und Frau Anna
5155) geb. Ritter.

Danksagung.
Für erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen und die reichen Kranzspenden sagen innigsten Dank 5191
H. Grothmann nebst Kinder.

Suche zum baldigen Antritt einen mit guten Schulkenntnissen ausger. kräft. jg. Mann als **Lehrling.** Selbiger kann sobald die Entlassung aus der Schule erfolgt ist, in die moderne städtische Lauenburger Molkerei E. G. m. u. H. eintreten. Offerten erb. **W. Hümpel, Lauenburg a. Elbe,**
5209) Lauenb. Molkerei e. G. m. u. H.

Malerlehrling
zu Ostern gesucht.
H. Dose, Malermeister,
5166 Wakenitzmauer 31.

Freundl. möbl. Zimmer zu vermieten
5180) Ludwigstr. 32.

Eine **Wohnung** zum 1. Januar zu vermieten.
5195) Ratzeburger Allee 47.

Assekuranz-Branche.
Suche für Lübeck und Umgegend nachweislich tüchtigen
Akquisiteur
für alle Branchen, gegen volle General-Agentur und Erwerbsprovision sowie Fixum.
5107) **G. Lebmann.**

Durch Zufall z. 1. Jan. **freundl. 3-Zimmer-Wohnung** m. Garten u. Stall i. Marienthal, Stockelsdorf. (5156
Z. erfr. **Lütgens,** Ahrensböckerstr. 53.

Älteres Ehepaar sucht eine **Drei-Stuben-Wohnung** mit Stall evtl. Gartenland, Nähe Fackenb. Allee, z. 1. April. Angebote unter **E W** an die Exp. d. Bl. (5187

Zu kaufen gesucht 5208
ein Babykorb.
Ang. unt. **R. R. 61.**

Mobilien und Herren-Zeug
zu verkaufen. (5160
Schützenstraße 32, part.

Zu verkaufen ein g. **Grammophon** mit doppels. Platten, große **Zimmerpalme.**
5173) Warendorpstraße 5, III.

Zu verkaufen: Kommode 7 Mk., 2 Stühle 3 Mk., große Zink-Badewanne 15 Mk., Blumentisch 3 Mk., Tafelwage 5 Mk. Krähenstr. 7, p l. (5182

Ein Damen-Wintermantel und ein **Firmenschild** zu verkaufen.
5206) Marlesgrube 39.

1 Winter-Ueberzieher für mittl. Figur und ein bl. **Winter-Jackett** für ein jung. Mädchen zu verkauf.
5204) Reiferstraße 4b.

Guterhaltenes Sofa
billig zu verkaufen.
5207) Warendorpstraße 66, part.

Ein guterhalt. **Vertiko** billig zu verkaufen.
5194) Hafenstr. 22a, Flügel.
Zu besehen nach 6 Uhr abends.

1 Fahrrad
zu verkaufen. Preis 35 Mk.
5185) Schwartauer Allee 191.

Zu verkaufen ein guterhaltener **Kinderklappstuhl.**
5161) Glorinstraße 10.

Gutes stark. Schaukelpferd
zu verkaufen.
5158) Hartengrube 46, 2. Etg.

Eine zusammenlegbare Puppensportkarre und eine Lichtbildermaschine zu verkaufen.
5159 Friedenstr. 15, pt.

Harzer Kanarienhähne und Weibchen in großer Auswahl billig zu verkaufen. (5162
Glorinstr. 32/34, p. 1.

1 Satz Ferkel
zu verkaufen.
5165 **A. Schönke, Hibbersdorf.**

Zu verkaufen **2 Zugänger.**
5150) **Storm,** Schönböcken.

Sonnabend und Sonntag stehen Ferkel zum Verkauf. 5163
Krögers Gasthof, Schwartau.

Rotbraune Plüschgarnitur
bestehend aus **Sofa, 4 Stühle** und **Tisch,** tadellos erhalten, ist wegen Platzmangel billig zu verk. (5113) Rosenstr. 2, part.

Feinste frische Hofbutter
Pfund **1.35** Mk. (5205
Feinste Landmett- u. Landleberwurst
C. Heese, Meierstr. 26.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 24. Novbr. von 1 Uhr ab. (5178
Dr. med. Joël, Königstr. 10.
Dr. med. Pauli, Mühlenbrücke 5.
Dr. med. Gosch, Fackenburg. Allee 1.

Akademischer Unterricht
in der **Damenschneiderei, Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden** sowie **praktische Verarbeitung sämtl. Damen- u. Kinder-**
5202) **garderoben** erteilt
Frau **Baisch,** Schönkampstraße 8.
Damenschneider-Meisterin.

Vertauscht oder mitgenommen vom Transportarbeiter-Ball eine **Herrentuchmütze,** ganz neu. Der Betreffende wird höfl. ersucht, selbige umgehend im Gewerkschaftshaus wieder abzuliefern. (5186

Gute Brotstelle für 5152
Schuhmacher.
G. Geschäft m. Einrichtung zu verk. Ang. unt. **A B 15** an die Exped.

Möbel werden wie neu
lackiert, als Nebenbesch. billig. Angebote unter **S K** an die **Expedition** dieses Blattes. (5190

Pelzwaren

in grosser Auswahl
zu bekannt billigen Preisen
solide Arbeit

sowie **Hüte und Mützen**

Eduard Hirsekorn

Rote Rabattmarken. 5210 **Sandstr. 20.**

Trinkt

Buntekuh-Kümmel

1703) Dampfkorn-Brennerei Buntekuh.

Betten-Duve

liefert bestens und billigst.
3290 **Gr. Burgstr. 32.**

Empfehle mein neues

Klubzimmer m. Piano

Gesangvereinen und Klubs sowie zur Abhaltung kleiner Festlichkeiten.
Daselbst (4121

guter bürgerl. Mittagstisch.

F. Strohkar, Restaurant Polierkrug,
Schwartauer Allee 92.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
102) 65 Pfg.

Weisser Engel

Jeden Sonntag:

Freier Tanz.

Eintritt frei. (5154) **Bernh. Boldt.**

Kaffeehaus Moisling.

Sonntag: (5172

Freies Tanzkränzchen.

Friedr.-Franzhalle

Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen

Eintritt frei.

5199) Endstation Krankenhaus.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

5200) **J. Rieck.**

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: (101) **Tanzkränzchen.**

Adlershorst. (101)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Einsegel

95) **Morgen Sonntag:**

Tanzkränzchen.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) **H. Pagel.**

Neu-Lauerhof.

3749) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Einladung zum Ball

der

Tabakarbeiter Lübecks

am Sonntag, d. 1. Dezember
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. Einzelne Dame 30 Pfg., wofür Garderobe.
5177) **Das Komitee.**

Verband der Land-, Wald- u. Weinbergsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Einladung zum

1. Stiftungsfest

am Sonntag, d. 1. Dezember
im Lokale des Kollegen Wehrend, Moorgarten.
Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.
Hierzu sind sämtliche Ortsgruppen freundlichst eingeladen.
5196) **Das Komitee.**

Sonntag, den 24. d. Mts.

BALL

5058

Sparklub „Germania" Hornburg

Hierzu laden freundlichst ein
Der Vorstand u. D. Schliecker.

Einsegel.

Großes Ausspielen von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, dem 24. Nov.
Anfang vorm. 11 Uhr. Einsatz 50 Pfg.
Hierzu lader freundlichst ein
5174) **Fr. Jenkel.**

Achtung Schützen!

St.-Lorenz-Halle

Moislinger Allee 21.

Verschießen u. Ausspielen von fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
am Sonntag, dem 24. November.
Anfang 11 Uhr vormittags.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein (5099
Fr. Brockstedt.

Achtung!

Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Montag, d. 25. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
5171) **Der Vorstand.**
NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.
Z. O.

Geschäfts-Verlegung.

Hierdurch meinen werten Kunden und einem geehrten Publikum von St. Lorenz die ergebene Mitteilung, daß ich meine

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt

mit elektrischem Maschinen-Betrieb
von **Geverdesstraße 34** nach

Glandorpstraße Nr. 1

Ecke Warendorpstraße

verlegt habe. Hochachtungsvoll

E. M. C. Beschenbossel.

Eine weitere **Filiale** befindet sich

Hüxstraße Nr. 26.

Garantie für saubere Arbeit und prima Kernleder.
Sohlen von 80 Pfg. an. Absätze von 30 Pfg. an. 5183

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Lübeck.

Einladung zum

Wintervergnügen

am Sonnabend, dem 7. Dezember 1912,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50 Pfg.
5169 Das Komitee.

St.-Jürgen-Liederkranz

Einladung zum **2. Stiftungsfest**
bestehend in **Theater, Gesang-Vorträgen und BALL**
am Sonntag, dem 24. November 1912, im Colosseum.
Eintrittspreis für Herren 60 Pfg., Damen frei.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
5175 **Das Festkomitee.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Lübeck.

Einladung zum Wintervergnügen

bestehend in BALL
am Sonnabend, d. 30. November 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Preis der Karte 30 Pfg.
4881 **Das Komitee.**
NB. Karten sind nur bei den Bezirkskassierern und im Bureau, Johannisstraße 48, zu haben.

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter
Filiale Lübeck.

Einladung zum Ball

am Sonntag, dem 24. November 1912
im **Gewerkschaftshaus,** Johannisstraße 50—52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.
4862) **Das Festkomitee.**

Seefahrer-Krankenkasse, e. H. Nr. 16.

Außerordentliche General-Versammlung

am Sonntag, dem 24. November, nachm. 4 Uhr, im Hause des Herrn **J. Jürß, Engelsgrube 59.** T.-O.: **Statutenberatung betr. Erhöhung der Beiträge.** (1994) **Der Vorstand.**

Morgen, Sonntag, den 24. Nov.:

Ausspielen von

Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch.

Anfang 11 Uhr vormittags. 5197
Hierzu ladet freundlichst ein
Gottfried Matthiessen, Fischergrube 67.

Waisen-Hof.

Sonntag: große Tanz-Musik

Verstärktes Orchester. (5170) **Gustav Gipp.**

Konzerthaus „Flora".

5198) **Jeden Sonntag:**

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr

Einladung zum Ball

der Kornträger-Korporationen
am Freitag, d. 6. Dezember
in den „Zentral-Hallen".
Der Ueberschuß ist für die Unterstützungskasse bestimmt.
Oeffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Ende morgens. **Eintritt 1 Mark.**
5176) **Der Vorstand.**

Restaurant

Catharinenburg

Königstraße 24.
Besitzer: **Ludw. Puls**
5214) Original-Humorist.

Groß. Klavier-Konzert.

Neu! 5153 **Neu!**

V L

Heute Eröffnung

des größten
Lichtspiel-Theaters

VICTORIA-Lichtspiele

Fünfhausen 17—19.
Erstklassiges Schlagerprogramm.
Anf. 4 Uhr. Billige Plätze.

Konzerthaus

Zauberflöte.

Neue Kapelle!!!

Bosnische Damen-Musik- u. Gesangstruppe „Sofie" 5 Damen 2 Herren

Eintritt gänzlich frei.
Anfang { Sonntags 4 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
5168 **Ludwig Kock.**

Kalnbergs Variété. 5201

Sonntag Beginn 7 Uhr.
Gr. humor. Programm
mit der Gesangs-Burleske:
Ein wackeliger Harem.
Auf allen Plätzen 40 Pfg.

Hansa-Theater.

Abends 8¼ Uhr:
Gastspiel des
Fritz-Steidl-Ensembles

Bravo Dacapo

Die große Ausstattungsrevue.
1. Bild: Bahnhof Friedrichstraße.
2. Bild: Vor der Passage.
3. Bild: Ein Sportfest.
4. Bild: Auf dem Witwenball.
5. Bild: Im Friedrichshain.
6. Bild: Beim Rosenkavalier.

Große glänzende Balletts. 30 Damen. (5192

Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Volks- und Fremden-Vorstellung
zu kleinen Preisen.

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 24. November:
Nachm. 3 Uhr. 3. volkstümd. Vorst. z. Einheitspreis v. 50 Pfg. pro Platz.
Glaube und Heimat.
Die Tragödie eines Volkes von Carl Schönherr. Ende 5 Uhr.
Um 7½ Uhr. 59. Vorst. i. Voll.-Ab.
Der Evangelimann.
Mus. Schauspiel von W. Kienzl.
Große Preise. Ende nach 10 Uhr.
Große Preise. (5179
Montag, den 25. November:
60. Vorst. i. Voll.-Ab. 9. Vorst. i. Mo.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Der Jahrmarkt zu Pulsnitz.
Ein dionysischer Schwank von Walter Harlan. **Mittelpreise.**